

Nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

3

VIII. Jahrgang

München, März 1968

Einzelpreis 0,75 DM

2 S 21 39f

Dem Parteitag der SPD, der Mitte dieses Monats in Nürnberg stattfindet, liegt eine Flut von Anträgen vor — genau 951. Das ist eine Zahl, die bisher auf keinem Parteitag erreicht wurde. Es ist aber nicht nur die ungewohnte Menge der Anträge, die das Unbehagen und die kritische Stimmung der Mitglieder in der SPD widerspiegelt, vielmehr läßt der politische Inhalt erkennen, daß die übergroße Mehrheit der Sozialdemokraten die in der Großen Koalition manifestierte Zusammenarbeit ihrer Partei mit der CDU/CSU ablehnt und eine auf die traditionellen Aufgaben und Ziele ausgerichtete Sozialdemokratie als Partei der Arbeiterschaft fordert.

Von den 951 Anträgen aus der Parteimitgliedschaft sind allein 100 gegen die Notstandsgesetze gerichtet und über 50 gegen die Einführung des Mehrheitswahlrechts. Alle diese Anträge sind eindeutig als eine Verurteilung der Politik der Großen Koalition zu deuten. Das gleiche gilt für die Anträge zur Außenpolitik und zur Deutschlandfrage. Auch hier kommt das wachsende Mißbehagen an der nur von den SPD-Ministern gestützten Politik der CDU/CSU zum Ausdruck, so u. a. in den Anträgen, die eine Anerkennung der DDR und den Verzicht auf die Hallstein-Doktrin fordern und die Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze akzeptiert wissen wollen. Und schließlich hat sich der Parteitag mit einer Anzahl von Anträgen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik zu beschäftigen, in denen u. a. eine soziale Steuerpolitik und der Abbau undemokratischer Wirtschaftsstrukturen verlangt wird.

SPD-Parteitag mit viel Zündstoff

Sehr umstritten sind bei den Mitgliedern außerdem die sogenannten „Perspektiven“, die der Parteivorstand zur Vorbereitung des Parteitages veröffentlicht hat. Hier wird neben einer grundsätzlichen Analyse der politischen und gesellschaftlichen Bedingungen in der Bundesrepublik vor allem eine Konkretisierung der im allgemeinen substantiösen wirtschaftspolitischen Aussagen gefordert. Es ist verständlich, daß die Kritik an den „Perspektiven“ besonders aus den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder kommt, denn von ihnen wird das SPD-Papier mit dem Grundsatz- und Aktionsprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes verglichen, und dieser Vergleich zeigt, daß die „Perspektiven“ nicht den gewerkschaftspolitischen Vorstellungen entsprechen.

Die Delegierten des SPD-Parteitages sind gewiß nicht im unklaren darüber, daß die „Perspektiven“ den Zweck haben, ihre kritische Meinung zu manipulieren. Es ist aber zu erwarten, daß es dem Parteivorstand nicht gelingen wird, die Unruhe unter der Mitgliedschaft, die tiefer ist als je nach 1945, zu besänftigen. Die Frage ist jedoch, ob sich die Mehrheit der Delegierten, die eine soziale und gesellschaftliche Alternative zu der von der Großen Koalition vertretenen CDU/CSU-Politik fordert, durchzusetzen vermag. Nur wenn die innerparteiliche Opposition geschlossen und entschieden auf dem Parteitag auftritt und der Partei ein demokratisches Programm gibt, kann die „Anpassungspolitik“ des Parteivorstandes gestoppt werden. Das wird zweifellos auch gewisse personelle Veränderungen im Parteivorstand notwendig machen.

sr

■ Zeit für Aufhebung des KPD-Verbots	2
Eigentum und Macht — kein Problem?	3
SPD weiter auf Notstandskurs ..	4
■ Die Tarifpolitik der IG Metall	6
Beamte wollen bessere Besoldung	9
Computer und Angestellte	10
■ Wie weiter im Steinkohlenbergbau? ...	12
Soziale „Perspektiven“ der SPD ..	14
■ Nur noch Festspiele unter anderen?	17
Vom Wesen des Kapitals	18
Weniger Beschäftigte — höhere Leistungen	20

PEINLICHKEITEN

Wer nach den Angriffen auf den Bundespräsidenten Heinrich Lübke erwartet hatte, dieser würde nun die Konsequenzen aus seiner Vergangenheit ziehen und von seinem Amt zurücktreten, sah sich getäuscht. Statt dessen konnte er im Fernsehen einen kläglichen Rechtfertigungsversuch des Bundespräsidenten vernehmen. Offensichtlich denkt Lübke in der Einfalt seines Gemütes, wenn die Bundesrepublik einen Nazipropagandisten als Kanzler verdauen kann, warum dann nicht auch einen „KZ-Baumeister“ als Bundespräsidenten?

Peinlich aber wird die Affäre Lübke, wenn jene, die diesen Mann auf den Bundespräsidentenstuhl geschoben haben, obwohl sie um seine Unzulänglichkeit wußten, Heinrich Lübke mit Friedrich Ebert vergleichen, der den Mut hatte, vor dem Richter sein Recht zu suchen, weil er ohne Schuld war. Aber Lübke entzieht sich dem Gericht — weil er sich schuldig fühlt? okulus

Zeit für Aufhebung des KPD-Verbots

**Auch die Kommunisten legten neues Programm vor
Nicht nur Anerkennung, sondern Verteidigung der Verfassung**

Nachdem die CDU/CSU ein Aktionsprogramm und die SPD ihre Perspektiven für die siebziger Jahre bekanntgegeben haben, ist auch die nunmehr fast 12 Jahre verbotene KPD mit dem Entwurf eines neuen Parteiprogramms an die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik getreten. Die für sich sprechenden, von Bonn verordneten Polizeiaktionen zur Unterbindung des Bekanntwerdens dieses Programmentwurfs haben in nur wenigen Tagen weltweit den tatsächlichen Wert der zuvor immer wieder propagierten Regierungsthese enthüllt, die bundesdeutschen Kommunisten brauchten nur ein verfassungskonformes Programm vorzulegen und ihrer Legalität stünde dann nichts mehr im Wege. Die Kommunisten haben Bonn beim Wort genommen, aber unsere sauberen Demokraten haben geknickt. Werden sie in dieser Frage die griechische Papadopoulos- und die spanische Franco-Linie in der Bundesrepublik durchstehen können? Man muß es bezweifeln.

In den wenigen Wochen seit der von Bravuro gekennzeichneten und von dramatischen Umständen begleiteten Bekanntgabe des Programmentwurfs durch eine Abordnung des Zentralkomitees der KPD sind in der Bundesrepublik und im Ausland unzählige Kommentare dazu gedruckt und gesprochen worden. Im allgemeinen herrscht die Tendenz vor, die Bonner ablehnende Haltung zur Re-Legalisierung der KPD und das diesbezügliche regierungsamtliche Doppelspiel zu mißbilligen. Die „Welt der Arbeit“, die in den letzten Wochen mehrmals vom Standpunkt des DGB her die Problematik des KPD-Verbots beleuchtete, spricht in Nr. 9 vom 1. März 1968 von einem „seltsamen Bonner Zickzackkurs in der Frage der Zulassung einer verfassungstreuen kommunistischen Partei in der Bundesrepublik“. Das DGB-Organ folgert: „Jedenfalls wächst in Bonn die Anzahl jener, die meinen, letztlich werde man eine KPD akzeptieren müssen, die so beschaffen ist wie in anderen demokratischen Ländern des Westens.“

Aus der Blickrichtung des Gewerkschafters, der unmittelbar im Kampf um die Verteidigung sozialer und wirtschaftlicher Interessen und um die Erhaltung der Demokratie steht, ist die Beschäftigung mit den Zielen und Alternativen der Kommunisten für eine neue Politik gewiß von Interesse. Dies um so mehr, als er dabei feststellen wird, daß im Repertoire der KPD eine große Anzahl von Forderungen und Vorstellungen enthalten ist, die Übereinstimmung mit Programmen und Beschlüssen der DGB-Gewerkschaften offenbaren.

Zur Selbstdarstellung heißt es in dem KPD-Programmentwurf u. a.: „Die Kommunistische Partei Deutschlands ist die sozialistische und demokratische Partei der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes in der Bundesrepublik. Als die Partei, die im Widerstand gegen die Hitlerdiktatur die größten Opfer brachte und deren Wirken für einen demokratischen Neubeginn nach 1945 unbestritten ist, lebt

und kämpft sie in diesem Lande und gestaltet ihre Politik auf dem Boden des Grundgesetzes.“

Die KPD zeichnet die gegenwärtige politische und gesellschaftliche Situation in der Bundesrepublik so:

Während die Industrie- und Bankkonzerne immer größer und mächtiger werden, sind die Arbeitsplätze für die Werktätigen nicht gesichert. „Eine unüberbrückbare Kluft trennt die kleine Schicht der Millionäre, die den Reichtum monopolisieren, von den Millionen des arbeitenden Volkes, die alle Werte schaffen.“ Dieses Wirtschaftssystem sei keine klassenlose Industriegesellschaft; in ihm regiere das „nackte Profit- und Klasseninteresse des Großkapitals“. Die demokratischen Rechte des Volkes würden mehr und mehr eingeschränkt. Die territorialen Ansprüche der Herrschenden an andere europäische Staaten gefährdeten den Frieden. Die Feindschaft der Bundesregierung gegenüber der DDR habe die Spaltung Deutschlands immer mehr vertieft. Der Feind von Demokratie, Frieden und sozialem Fortschritt stehe rechts, der Feind des Volkes stehe im eigenen Land. Keine der Bonner Parteien vertrete die Interessen der Arbeiterschaft und des Volkes. Auf dem Nährboden ihrer Politik und des offiziellen Antikommunismus wucherten alle nationalistischen und neonazistischen Strömungen. Die NPD, als politische Reserve kapitalistischer Kreise, sei Nutznießer dieser Regierungspolitik. Das herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem habe sich als unfähig erwiesen, dem arbeitenden Menschen dauerhafte soziale Sicherheit und das elementare Menschenrecht auf Arbeit zu gewährleisten.

Die KPD folgt in ihrem Programmentwurf, die Alternative sei eine sozialistische Gesellschaftsordnung, die zu schaffen ihre geschichtliche Aufgabe sei. Der Übergang zur sozialistischen Ordnung in der Bundesrepublik solle auf friedlichem und demokratischem Wege erfolgen. Er habe „ein solches Übergewicht der Kräfte auf Seiten der Arbeiterklasse und des Volkes zur Voraussetzung, das es der Reaktion

unmöglich macht, gegen die demokratische Mehrheit des Volkes Gewalt anzuwenden“. Demokratie, Frieden und gesellschaftliche Vorwärtswicklung könnten in der Bundesrepublik nur durch „tiefgehende demokratische Reformen“ verwirklicht werden; die Macht des Großkapitals müsse „eingeschränkt und schließlich überwunden“ werden. Zu diesem Zweck müßten „die großen Konzerne der Schlüsselindustrien und andere marktherrschende Unternehmen — gemäß Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes — in ein demokratisch verwaltetes und demokratisch kontrolliertes öffentliches Eigentum übergeführt werden“. Eigentümer und Aktionäre seien gemäß dem Grundgesetz zu entschädigen.

Die Kommunisten stellen sich voll hinter die Mitbestimmungsforderung der Gewerkschaften; die Mitbestimmung soll sich „auf den Arbeitsplatz, den Betrieb, das Unternehmen und auf die überbetriebliche Ebene, besonders die staatliche Wirtschaftspolitik“, erstrecken. Das Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetz sollen zur Garantierung einer „uneingeschränkten politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit in den Betrieben und Verwaltungen“ geändert werden. Ferner fordert der Entwurf eine vorausschauende Wirtschafts- und Strukturpolitik zur Sicherung der Arbeitsplätze, eines beständigen Wirtschaftswachstums und steigenden Lebensstandards.

Das „elementare Menschenrecht auf Arbeit“ könne und müsse gesichert werden, heißt es in dem Programmentwurf weiter, und zwar durch Verwendung der Rüstungsmilliarden für sinnvolle Investitionen. So könnten für jeden Arbeitsplatz in der Rüstungsproduktion nahezu zwei Arbeitsplätze in der Friedenswirtschaft entstehen. Die Kommunisten erklären ihre Unterstützung der Gewerkschaftsforderungen nach steigenden Realloöhnen und Schutz der Arbeitnehmer gegen alle nachteiligen Auswirkungen von Automation und Rationalisierung. Die Rentenversicherung soll in eine „allgemeine Volksversicherung“ umgewandelt und die Altersgrenze bei Männern auf 60, bei Frauen auf 55 Jahre gesenkt werden. Unter der Fülle detaillierter Forderungen zu allen Problemen sind auch die der Bauern, Handwerker und Einzelhändler angesprochen.

Auf innenpolitischem Gebiet fordert die KPD die Verhinderung der Notstandsgesetzgebung sowie die Verteidigung und Erweiterung der im Grundgesetz und den Länderverfassungen fixierten demokratischen Rechte. Sie erklärt sich für die „reine Verhältniswahl bei Chancengleichheit der Wahlbewerber“, fordert eine politische Amnestie und die Aufhebung des KPD-Verbots sowie die Praktizierung des im Grundgesetz verfügten Verbots nazistischer Umtriebe gegen die NPD. Die KPD ist, wie es in dem Schriftstück heißt, überzeugt, daß „die Kräfte, die Frieden und demokratischen Fortschritt

Eigentum und Macht - Kein Problem?

**„Perspektiven“ bleiben hinter Godesberger Programm zurück
SPD-Parteivorstand will das Herrschaftssystem perfektionieren**

Wer den Entwurf liest, den der Vorstand der SPD zu den Perspektiven der siebziger Jahre in Vorbereitung des Nürnberger Parteitagcs veröffentlicht hat, der wird im allgemeinen ein besonderes Interesse für die gesellschaftspolitischen Vorstellungen haben, die dort entwickelt werden. Man erinnere sich der Feststellungen, die noch im Godesberger Programm der SPD getroffen sind. Es heißt da in dem relativ ausführlichen Abschnitt über Eigentum und Macht:

„Wer in den Großorganisationen der Wirtschaft die Verfügung über Millionenwerte und über Zehntausende von Arbeitnehmern hat, der wirtschaftet nicht nur, er übt Herrschaftsmacht über Menschen aus . . . Wer nicht über gleiche Macht verfügt, hat nicht die gleiche Entfaltungsmöglichkeit, er ist mehr oder minder unfrei . . . Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zur politischen Macht.“

Man sollte meinen, daß sich eine Sozialdemokratische Partei dieses — mit Recht — so hart gekennzeichneten gesellschaftlichen Tatbestandes im kommenden Jahrzehnt mit Energie annehmen müßte. Aber die sogenannte Plattform bietet in dieser Hinsicht nichts. Von usurpierter Staatsgewalt, Herrschaftsmacht über Menschen, Einfluß der Konzernherren auf Staat und Politik ist da keine Rede mehr. Das Problem von wirtschaftlicher und poli-

tischer Macht wird nur noch bei den Massenmedien erwähnt. Es wird noch nicht einmal der Versuch unternommen, die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik zu analysieren. Das läßt nur den Schluß zu, daß der Parteivorstand der SPD die gegenwärtige Herrschaft des Großkapitals als feststehende Ordnung betrachtet.

Natürlich sind schon die Mittel, die die SPD im Godesberger Programm zur Beseitigung der Herrschaftsmacht der „Großorganisationen der Wirtschaft“ nannte, sehr viel weniger überzeugend als die Kennzeichnung des Mißstandes selbst gewesen. Eigentlich bestanden sie nur in der Idee vom Gemeineigentum, der öffentlichen Kontrolle, der Stärkung leistungsfähiger Kleinunternehmen und der Vermögensbildung für „alle“ Menschen.

Selbst davon möchte heute die Führung der SPD offenbar nicht mehr gern sprechen; sie hält es allenfalls mit vagen, unverbindlichen Formulierungen, die zu nichts verpflichten. Jedenfalls ist von Gemeineigentum keine Rede; die Stärkung von Kleinunternehmen ist ohnehin in Bonn längst indiskutabel geworden. Öffentliche Kontrolle allerdings soll verstärkt werden, und außerdem verspricht man sich etwas von der Einführung der Publizitätspflicht für alle Großunternehmen, von einer Verstärkung des Verbraucherschutzes und der Aufhebung der Preisbindung der zweiten Hand. Aber das ist auch schon alles.

Man könnte entgegenhalten, der SPD-Vorstand habe doch etwas über die Erweiterung der Mitbestimmung gesagt. Näher betrachtet stimmt das aber gar nicht. Es gibt in diesem Entwurf keine Aussage zur gewerkschaftlichen Forderung nach einer erweiterten Mitbestimmung. Es wird lediglich auf ihre grundlegende Bedeutung für die gleichberechtigte Stellung der Arbeitnehmer in unserer Gesellschaft hingewiesen. Wenn es heißt, die SPD habe durchgesetzt, daß die in der Montanindustrie bestehende qualifizierte Mitbestimmung nicht abgebaut wird, so ist das sachlich nicht richtig! Nur die Frist, nach der die Montanmitbestimmung erlöschen kann, ist von zwei auf fünf Jahre verlängert worden. Das ändert aber nichts daran, daß die qualifizierte Mitbestimmung weiter abgebaut wird; das Beispiel der Niederrheinischen Hütte beweist es.

Der SPD-Vorstand rechnet es sich weiter als sein Verdienst an, daß die Voraussetzungen für die Erweiterung der Mitbestimmung in anderen Wirtschaftszweigen von Sachverständigen untersucht werden. In Wirklichkeit läuft es darauf hinaus, daß in dieser Legislaturperiode zur erweiterten Mitbestimmung im Parlament nicht diskutiert wird und auch keine Beschlüsse gefaßt werden können. Die gewerkschaftliche Forderung wurde damit auf die lange Bank geschoben. Obwohl der DGB-Bundesvorstand im Oktober vorigen Jahres seine Vorschläge zur Änderung des BVG unterbreitete, nimmt der SPD-Vorstand dazu keinerlei Stellung und versucht sich mit so allgemeinen Formulierungen aus der Affäre zu ziehen, daß er für eine gesetzliche Regelung sei, nach der Betriebsräte an Maßnahmen, die die Stellung der Arbeitnehmer verändern, zu beteiligen sind.

Bleibt noch die Vermögensbildung. Sie wird auch in der „Perspektive“ genannt. Als Sofortmaßnahmen will man ein neues Anlagepapier, den Sparbrief, einführen und mit Steuernachlässen sowie Prämien fördern. Auf diese Weise sollen dann die Arbeitnehmer zu einer „gerechten Beteiligung am Ertrag der gemeinsamen Arbeit“ gelangen. Hierbei ist übrigens interessant, daß die „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ — wahrscheinlich, weil dies hoffnungslos ist — nicht mehr als Mittel zur Veränderung der Machtverhältnisse angepriesen wird. Neben der „gerechten Verteilung“ dient sie vielmehr nur noch der Verteidigung der „freiheitlichen Ordnung“. Volkskapitalismus soll also nach gemeinsamer Auffassung von SPD und CDU eine sichere Waffe gegen demokratische Umgestaltung und Sozialismus sein. Bei der SPD scheint das Problem des politischen Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht nicht mehr zu existieren. Sozialdemokratische Minister in der Bundesregierung werden, wie es scheint, als Garantie dafür angesehen, daß diesbezügliche Forderungen aus dem Godesberger Programm ihre Erledigung gefunden haben.

Dieser Eindruck wird noch dadurch verstärkt, daß nach der „politischen Plattform“ ein „kooperativer Föderalismus“ praktiziert werden soll, wonach die Staatsgewalt stärker in Bonn zentralisiert, die „Wirksamkeit der politischen Führung durch Bundeskanzler und Bundesregierung“ gesteigert und das Beamtenrecht so modifiziert werden soll, daß „ein personaler Wechsel zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, freiem Beruf und öffentlichem Dienst möglich wird“. Was den Lobbyismus anbelangt, soll er nicht abgeschafft, sondern nur gesetzlich geregelt werden. Die sozialdemokratischen Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren werden leider den Forderungen der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften nicht gerecht. Sie sind im Gegenteil darauf ausgerichtet, das gegenwärtige Herrschaftssystem zu vervollkommen.

Gerd Siebert

Dr. Tu.

SPD weiter auf Notstandskurs

Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, die Regierungsvorlage zu den Notstandsgesetzen noch bis zum Sommer in zweiter und dritter Lesung zu verabschieden. Bundeskanzler Kiesinger erklärte dazu, daß er zuversichtlich sei, noch in diesem Jahr die Notstandsgesetze im Bundestag verabschiedet zu sehen. Diese Gefahr ist zweifellos gegeben.

Auf der Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion im Januar hat sich — wie es scheint — die harte Linie der SPD-Minister und der Fraktionsführung durchgesetzt. Die ohnehin fragwürdigen Änderungsvorschläge der Abgeordneten Matthöfer und Gscheidle haben kaum noch eine ernsthafte Rolle gespielt. Entgegen der offiziellen Darstellung der SPD, es seien Änderungen zu erwarten, hält die Bundestagsfraktion im wesentlichen am Notstands-Entwurf der Bundesregierung fest.

Zweideutig sind nach der Klausurtagung die Erklärungen zum Streikrecht. Angeblich will die SPD sich dafür einsetzen, daß das Streikrecht in Art. 9 des Grundgesetzes verfassungsrechtlich garantiert wird, aber gleichzeitig läßt sie den Eindruck entstehen, daß sie auch mit einer entsprechenden Regierungserklärung zufrieden ist. Regierungserklärungen zum Streikrecht sind jedoch bedeutungslos, weil sie keinerlei verfassungsrechtlichen Wert haben und lediglich als ein Mittel zur Manipulation der öffentlichen Meinung angesehen werden müssen. Nach wie vor gibt es keinen Zweifel darüber, daß die Notstandsgesetze das Streikrecht der Gewerkschaften aufheben würden.

Auch in dem für die Gewerkschaften so besonders wichtigen Punkt der Notstandsgesetze, nämlich der Dienstverpflichtung, sind die offiziellen Erklärungen der SPD widersprüchlich. Zwar hat sich die SPD offiziell für die Vortstellung einiger Gewerkschafter ausgesprochen, die das Prinzip der Freiwilligkeit in den Vordergrund stellen möchten, die SPD ist aber nach wie vor nicht bereit, die vorgesehene Änderung des Art. 12 des Grundgesetzes, mit der die Einschränkung der Wahl des freien Arbeitsplatzes und des Berufes verlegt werden soll, eindeutig abzulehnen, d. h. aber, daß man im Ernstfalle dem Arbeitnehmer nur die Wahl läßt, „freiwillig“ zu tun, wozu er sonst gezwungen werden kann.

Offenbar will der Parteivorstand der SPD und die SPD-Bundestagsfraktion mit der CDU/CSU zusammen die Notstandsgesetze über die parlamentarische Bühne bringen, um die Große Koalition nicht zu gefährden. Die starke Opposition besonders der Gewerkschaften gegen die Notstandsverfassung soll damit unterlaufen werden, daß man bescheidene Änderungen an

der Form vornimmt, die am Charakter der Notstandsgesetze nichts ändern.

Auf jeden Fall aber soll die Verabschiedung im Hinblick auf die Bundestagswahl 1969 möglichst schnell erfolgen. Das bedeutet, daß die Gewerkschaften und mit ihnen die außerparlamentarische Opposition im Kampf gegen die Verabschiedung der Notstandsverfassung nicht nachlassen dürfen, damit nicht die Regierung der Großen Koalition die Öffentlichkeit mit Notstandsgesetzen überrascht, die der Demokratie in der Bundesrepublik ein Ende setzen. Sg

Ostermarsch-Forderungen

Die Forderungen und Ziele der „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“ zum diesjährigen Ostermarsch stellen ein umfangreiches Programm für Demokratie und Frieden dar. Es deckt sich fast vollständig mit Forderungen der Gewerkschaften und ermöglicht so jedem Gewerkschafter Unterstützung und Teilnahme an den Ostermärschen:

■ **Ausbau realer Demokratie unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten des Grundgesetzes.** Ablehnung jeder zusätzlichen Notstandsgesetzgebung. Aufhebung der bereits verabschiedeten Notstandsgesetze. Maßnahmen zur Beseitigung und Verhinderung von Monopolstellungen in der Presse. Formierung des demokratischen Kampfes gegen jeden Neofaschismus.

■ **Kürzung der Rüstungsausgaben, Verminderung der Truppenstärke, Aufhebung der Wehrpflicht, — Verwendung der frei werdenden Mittel für Friedensplanung und für Sozial- und Bildungseinrichtungen.** Wirksame Hilfe für die Hungergebiete der Erde als unerläßlicher Beitrag zur Sicherung des Friedens.

■ **Verzicht der Bundesrepublik auf Trägersysteme für Atomwaffen und auf jede Beteiligung an atomaren Waffensystemen.** Zustimmung zum Atomwaffensperrvertrag. Mitarbeit an einem internationalen Atomwaffenverbot. Unterstützung für die Abrüstungsbemühungen der UNO.

■ **Einrichtung einer europäischen Sicherheitskonferenz.** Statt Verlängerung der NATO-Verträge 1969 Auflösung von NATO und Warschauer Pakt zugunsten eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems. Rüstungsverdünnte, atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa.

■ **Anerkennung der Nachkriegsgrenzen in Europa.** Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs, Anerkennung der DDR als Voraussetzung einer Re-

gelung der deutschen Verhältnisse und einer Annäherung an spätere gesamtdeutsche Lösungen.

■ **Abbruch der Beziehungen zum Militärdiktatur in Griechenland.** Einstellung jeder Waffenlieferung und wirtschaftlichen Hilfe für das griechische Militärregime.

■ **Schluß mit jeder Unterstützung des Krieges der USA in Vietnam** durch die Bundesregierung. Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam. Anerkennung der Nationalen Befreiungsfront als Verhandlungspartner. Frieden in Vietnam auf der Grundlage der Genfer Vereinbarungen. Abzug aller ausländischen Truppen aus Vietnam.

Neue DGB-Initiative für Mitbestimmung

Der Deutsche Gewerkschaftsbund wird am 12. März 1968 auf einer Großkundgebung in Köln der Öffentlichkeit einen Gesetzentwurf zur Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung vorlegen. Gleichzeitig wird der Entwurf den Parteien und Abgeordneten des Bundestages zugeleitet werden. Damit fügt der DGB seinen Aktionen für die Verbesserung und Schaffung von Mitbestimmungsrechten der Arbeitnehmer eine weitere Initiative an. Ende 1967 hatte der DGB dem Gesetzgeber bereits den Entwurf eines neuen Betriebsverfassungsgesetzes überreicht.

Auf der Mitbestimmungskundgebung in Köln sprechen der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg, DGB-Bundesvorstandsmitglied Georg Neemann und ein Betriebsratsvorsitzender. Veranstaltungsleiter ist der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner.

Unabhängige Politiker?

Neun Minister zählt das niedersächsische Kabinett aus SPD und FDP. Zwei Mitglieder, der Ministerpräsident und der Innenminister, haben kein Aufsichtsratsmandat inne; die übrigen sieben dafür umso mehr: genau 27. Finanzminister Kubel (SPD) hält mit fünf Aufsichtsrats-, drei Verwaltungsratsitzen und einem Beiratsposten die Spitze. Die übrigen sozialdemokratischen und freidemokratischen Minister haben zwischen einem und sechs Aufsichtsratsposten inne. Zwar dürfen nach Artikel 25 der niedersächsischen Verfassung Minister weder der Leitung noch dem Aufsichtsrat von Unternehmen angehören, jedoch kann das Kabinett Ausnahmen beschließen.

Wie man sieht, ist in Niedersachsen die Ausnahme zur Regel geworden, und die Kabinettsmitglieder beschließen sich selbst gegenseitig die „Ausnahme“, die zum Teil mit mehreren hunderttausend DM jährlich honoriert wird. Die Frage ist, wessen Interessen sich die Minister verpflichtet fühlen — etwa denen des einfachen Bürgers?

Zur Kasse!

Der Aggressionskrieg der USA gegen das vietnamesische Volk hat den Haushalt des reichsten Landes der sogenannten westlichen Welt aus dem Gleichgewicht gebracht. Um sich nun vor der finanziellen Katastrophe zu retten, will die US-Regierung ihre „Verbündeten“ zu einer stärkeren Finanzierung ihres unmoralischen Krieges zwingen. Dabei haben es die USA vornehmlich wieder auf die Bundesrepublik abgesehen.

Bekanntlich hat vor drei Jahren der damalige Bundeskanzler Erhard, anlässlich eines Besuches in Washington, seine Unterschrift unter ein Abkommen gesetzt, das die Bundesrepublik verpflichtet, jährlich 2,7 Milliarden DM als Devisenausgleich für die hier stationierten US-Truppen zu zahlen. Dieses Abkommen läuft am 30. 6. 1968 aus. Die nun in Bonn neu aufgenommenen „Devisenausgleichsverhandlungen“ werden von den amerikanischen Unterhändlern dazu benutzt, die Bundesrepublik zu bewegen, künftig jährlich 3 Milliarden DM zu zahlen. Dafür sollen, völlig überflüssig, weiterhin 200 000 US-Soldaten in der Bundesrepublik bleiben. Ähnlich wie die USA fordert auch England eine Bezahlung seiner Rheinarmee, und zwar jährlich 860 Millionen DM für die 50 000 Mann.

Die Bundesregierung hat sich bisher vor einer klaren Entscheidung gedrückt. Obwohl die Bundeskasse leer ist und die Bundesrepublik sich immer noch in einer Finanzkrise befindet, ist nicht zu erwarten, daß der Bundeskanzler und seine Minister die Forderung der Amerikaner ablehnen. Würden sie es tun, müßten sie gleichzeitig ihre aggressive Forderung nach Grenzrevisionen aufgeben und auf den Alleinvertretungsanspruch verzichten. Beides sind „Grundsätze“ der bisherigen CDU/CSU-Politik, die mit der politischen Unterstützung der USA aufrecht erhalten werden sollen. Diese Unterstützung aber hat die Bundesrepublik bisher 34 Milliarden DM gekostet, die zum größten Teil in die Kassen der amerikanischen Rüstungskonzerne für viel zu teuer bezahlten „Rüstungsschrott“ geflossen sind.

Es gibt keine Gründe dafür, den USA weiter Stationierungskosten zu zahlen oder Vorauszahlungen auf spätere Waffenkäufe zu tätigen oder aber nicht gedeckte US-Schatzanweisungen zu erwerben. Richtiger ist es, die USA zu veranlassen, ihre Truppen aus der Bundesrepublik abzubauen und den eigenen Rüstungsetat abzubauen, dann würde die Bundesregierung dem Frieden in der Welt und der Entspannung in Europa dienen sowie Wirtschaft und Staatsfinanzen in Ordnung bringen können.

Geschlossenheit bei Betriebsratswahl

**Arbeiter und Angestellte müssen zusammenhalten
Der NPD in den Betrieben keine Chance geben**

Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften stehen in diesen Tagen mitten in den Vorbereitungen zur Betriebsratswahl bzw. vor ihrem Abschluß. Daß die Wahlen 1968 von einer besonderen Bedeutung für die Arbeiter und Angestellten sind, wird in den Aufrufen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der DAG mit Recht hervorgehoben.

„Niemals war eine Betriebsratswahl so wichtig wie im Jahre 1968“, heißt es in dem DAG-Aufruf, und weiter: „Die Betriebsräte müssen in den kommenden drei Jahren Boden wieder zurückerobern und neue Fortschritte erreichen.“ In dem Wahlauftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes wird darauf hingewiesen, daß die vergangenen drei Jahre, in denen die Betriebsräte mit Tatkraft und mit Erfolg die Interessen der Arbeitnehmer wahrgenommen haben, offenbar werden ließen, wie zweifelhaft das sogenannte Wirtschaftswunder für die arbeitenden Menschen gewesen ist. Mit Deutlichkeit sei erwiesen, daß die Arbeitnehmer nur in unzureichendem Maße das betriebliche Geschehen in ihrem Sinne beeinflussen konnten und die Vormachtstellung der Arbeitgeber ungebrochen sei.

Nun wird es aber für den Deutschen Gewerkschaftsbund und ebenso für die DAG darauf ankommen, daß, wie es besonders in den Veröffentlichungen der DAG spürbar wird, die gemeinsamen Interessen von Arbeitern und Angestellten nicht auseinanderdiskutiert werden. Die Behauptung der DAG, daß die Angestellten in der Industrie „oft brutal von der Mehrheitsgruppe majorisiert“ würden, ist kaum geeignet, mögliche Differenzen wirklich auszuräumen.

In dem Ringen um eine gerechte soziale Ordnung und die Demokratisierung der Wirtschaft stehen gemeinsame Aufgaben der Arbeiter und der Angestellten im Vordergrund, und der DGB-Aufruf schließt daraus, daß Arbeiter und Angestellte darum ihre Wahlen geschlossen durchführen sollten, denn eine Aufsplitterung der Arbeitnehmer im Betrieb müsse sich schädlich auswirken.

In diesem Zusammenhang ist aber auch noch eine andere Betrachtung wichtig. Für den Erfolg der Betriebsratswahlen wird es nicht zuletzt darauf ankommen, ein Eindringen der NPD in die Arbeitnehmergruppen zu verhindern. Es ist zu erwarten, daß die neonazistische NPD versuchen wird, die Enttäuschung und Unzufriedenheit mancher Arbeiter und Angestellten über die Politik der Großen Koalition demagogisch für sich auszunutzen. Nur wenn Betriebsräte und Vertrauensleute sowie Gewerkschaftsmitglieder gemeinsam die hohlen Phrasen der NPD durch eine politische Aufklärung zerplücken, kann

erreicht werden, daß die Arbeitnehmer nicht Opfer nationaler und sozialer Demagogie werden.

Dabei wird es nicht schwerfallen, den wahren Charakter der neonazistischen NPD zu entlarven, denn sie hat sich bisher mit keinem Wort gegen die sozialreaktionäre Politik der Unternehmerverbände gewandt, um so mehr aber die Gewerkschaften verleumdet. Sie hetzt in ihren Zeitungen gegen die demokratischen Kräfte und fordert

NACHRICHTEN

für den

aktiven Gewerkschafter

immer wieder den rücksichtslosen Einsatz des Staatsapparates gegen streikende Arbeiter und demonstrierende Studenten. Es darf in keinem Betrieb möglich sein, daß Anhänger der NPD eigene Listen aufstellen; kein Arbeiter und Angestellter darf sich dafür mißbrauchen lassen, seine Unterschrift für eine gewerkschaftsfeindliche NPD-Liste zu leisten.

Nur ein Betriebsrat, der mit seiner Gewerkschaft eng zusammenarbeitet, kann in den kommenden sozialen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen bestehen. Darum sollten die Arbeitnehmer mehr denn je sorgfältig prüfen, wen sie wählen, denn nur starke Gewerkschaften und Betriebsräte sind in der Lage, das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen.

Bei der Betriebsratswahl wird es darauf ankommen, Arbeitern und Angestellten die Stimme zu geben, die bei sozialen Auseinandersetzungen, bei gewerkschaftlichen Aktionen und bei Lohnbewegungen Entschlossenheit und gewerkschaftspolitisches Bewußtsein bewiesen haben. Es sollten Gewerkschafter in die Betriebsräte gewählt werden, die sich darüber hinaus klar sind, daß nur durch eine Änderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse die Lebensinteressen der arbeitenden Menschen auf die Dauer gewahrt werden können. H. S.

Die Tarifpolitik der IG Metall

Zentrale Verhandlungen und noch keine Tarifikündigung Erste Gespräche über Rationalisierungsabkommen

Zwei umstrittene Entscheidungen des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall kennzeichnen die augenblickliche Situation in der Tarifpolitik dieser größten Gewerkschaft in der Bundesrepublik: 1. der Beschluß, die Tarifverträge für die 3,6 Millionen Beschäftigten in der metallverarbeitenden Industrie zunächst nicht zu kündigen, und 2. der Beschluß, die diesjährigen Tarifgespräche zentral zu führen. Daneben ist die Absicht, für die Metallverarbeitung einen Rationalisierungsschutzvertrag abzuschließen, von Wichtigkeit.

Das Spitzengespräch, das Ende Februar zwischen der IG Metall und dem Gesamtverband metallindustrieller Arbeitgeberverbände (Gesamtmetail) stattfand, hat offenbar schon wesentliche Vorentscheidungen getroffen. So wurde die Bildung gemeinsamer Arbeitskommissionen vereinbart, die Fragen der Lohnaufbesserung, der Einkommenssicherung und der Durchführbarkeit von Rationalisierungsschutzmaßnahmen prüfen sollen. Insbesondere in bezug auf Lohn- und Gehalts-erhöhungen ist die praktische Verlagerung der Initiative aus der Breite der Organisation in die Führungsspitze bedenklich.

In der Frage, ob die Tarifverhandlungen regional oder zentral geführt werden sollen, war es in den letzten Jahren schon regelmäßig zu Auseinandersetzungen zwischen der IG Metall und Gesamtmetail gekommen. Der Arbeitgeberverband hatte zentrale Verhandlungen verlangt, um ein Aufsplittieren seiner Front durch regionale Kämpfe zu verhindern. Nachdem die IG Metall schon solche zentralen Tarifgespräche mit guten Gründen abgelehnt hatte, waren die Arbeitgeber bei allen regionalen Verhandlungen mit einer zentralen „Kernkommission“ aufgetreten. Nun haben sich die Metallindustriellen durchsetzen können, obwohl die IG Metall in der Vergangenheit sehr glaubhaft argumentiert hatte, daß einmal die autonome Handlungsfreiheit der Bezirke erhalten bleiben müsse und zum anderen die wirtschafts- und tarifpolitischen Probleme in der Metallindustrie zu vielschichtig seien, als daß man sie zentral entscheiden könne.

Natürlich ist nicht zu erwarten, daß die Gewerkschaft für diese Tarifrunde ihren Beschluß revidieren wird; doch die Dinge müssen kritisch angesprochen werden, zumal die Unternehmenseite klar zu verstehen gibt, daß die neue Regelung ihr Erfolg ist. Wenn schon das Springer-Blatt „Die Welt“, die bislang jeden berechtigten Schritt der IG Metall mit wütenden Angriffen begleitete, der Gewerkschaft plötzlich „Vernunft in der Lohnpolitik“ (26. 2. 1968) bescheinigt und die zentralen Tarifgespräche ausdrücklich deshalb lobt, weil nun nicht mehr ein „kleiner Teil der Metallarbeiter mit Streiks eine Lohnerhöhung durchsetzt, die für die

3,6 Millionen Beschäftigten der ganzen Metallindustrie ... mehr oder weniger verbindlich“ ist, dann dürfte deutlich sein, daß sich die IG Metall mit dem Verzicht auf den „Regional-Stil“ einer wirksamen und erfolgreichen Kampf-methode begeben hat.

Unverständlich ist auch der Verzicht auf die Kündigung der Lohn- und Gehaltstarife zum 31. März, zumal seit dem letzten lohnwirksamen Tarifabschluß 27 Monate (!) vergangen sind.

Es ist an dieser Stelle nicht nötig, noch einmal aufzuzählen, welche negative Entwicklung die Einkommens- und soziale Lage der Arbeitnehmer in diesem Zeitraum genommen hat. Die Verantwortung der Gewerkschaft gegenüber den Arbeitnehmern, aber auch gegenüber der Wirtschaft, die stärkere Kaufnachfrage braucht, gebietet die sofortige Kündigung der Tarifverträge und die Forderung nach einer Lohn- und Gehaltserhöhung, die den Ausgleich von zwei Jahren Preiserhöhung und Produktivitätssteigerung zum Ziel hat.

In diesem Zusammenhang gewinnt ein Satz in der „Welt“ vom 26. 2. 68 Bedeutung, mit dem die Zeitung die in dem Spitzengespräch zwischen IG Metall und Gesamtmetail erörterte Tarifpolitik kommentiert: „Dabei gilt die von Bundeswirtschaftsminister Schiller propagierte Leitlinie einer vier- bis fünfprozentigen Erhöhung der Lohn- und Gehaltstarife, die unsere Volkswirtschaft in diesem Jahr verkraften könne (und nach seiner Ansicht für ihr erwünschtes „reales“ Wachstum von vier Prozent auch braucht), selbst für jene Gewerkschaften weithin als Obergrenze des Erreichbaren, die einst zu Erhards Zeiten solche ministeriellen „Orientierungshilfen“ allenfalls als unterste Grenze der Lohnbewegung zu akzeptieren geneigt waren.“ Die Spitze

gegen die IG Metall, die eine „jener Gewerkschaften“ ist, kann nicht übersehen werden.

Mit der Verschiebung der Tarifikündigung und der faktischen Anerkennung der minimalen Schiller-Leitlinie hat die IG Metall deutlich gemacht, daß sie tatsächlich beabsichtigt — wie es schon zum Jahresbeginn in der Tarifkonzeption für 1968 formuliert war —, die Lohnpolitik „neben“ der Vereinbarung von Rationalisierungsschutzbestimmungen zu verfolgen. Das widerspricht so sehr der in vergangenen Jahren gezeigten Grundhaltung der IG Metall, daß man vermuten muß, dieser Wandel sei nur mit der Parteienkonstellation in Bonn zu erklären.

Im Interesse des sozialdemokratischen Koalitionspartners der CDU/CSU liegt es, das Wahljahr 1969 frei von Lohnbewegungen zu halten. Schon seit geraumer Zeit bemühen sich sozialdemokratische Politiker, die Gewerkschaften intern zu loyalem Verhalten zu veranlassen. Muß die Verzögerung der Tarifikündigung bereits unter diesem Aspekt gewertet werden? Je später die Kündigung erfolgt, um so leichter wäre es, den Wahltermin (Herbst 1969) mit einem langfristigen Tarifvertrag von beispielsweise 18 Monaten Dauer hinter sich zu bringen. Aber das mag Herbert Wehner ins Konzept passen, die Gewerkschafter sollten sich gegen derartige Bestrebungen zur Wehr setzen! Die Metallarbeiter und alle Arbeiter, Angestellten und Beamten haben der Großen Koalition mit Einkommensverzicht und Einbußen am sozialen Standard schon genug Opfer gebracht, mehr als unter jeder reinen CDU/CSU/FDP-Regierung.

Für die bevorstehende Tarifbewegung in der Metallverarbeitung wäre es angebracht, wenn sich jene Richtlinien durchsetzen, die kürzlich von der Mannheimer Vertreterversammlung der IG Metall beschlossen wurden. Danach muß eine Lohn- und Gehaltserhöhung „mehr zum Inhalt haben als die durch die Teuerungswelle erlittenen Verluste“. Die Tarifverträge sollen zum frühestmöglichen Termin gekündigt werden, Lohnverhandlungen dürfen nicht mit Verhandlungen über das Rationalisierungsabkommen gekoppelt werden; der Abschluß eines Rationalisierungsschutzvertrages darf nicht zu Lasten der Lohnforderung gehen. Weiter fordern die Mannheimer Gewerkschafter, daß bei künftigen Lohnabschlüssen eine Nichtanrechnungsklausel vereinbart wird, damit Tarifaufbesserungen effektiv werden.

Schutz bei Rationalisierungsmaßnahmen

Der vom Vorstand der IG Metall kürzlich vorgelegte Vertragsentwurf für ein Rationalisierungsschutzabkommen soll nach Vorstellungen der Gewerkschaft Grundlage der Verhandlungen mit Gesamtmetail sein. Die Arbeit-

geber haben jedoch schon ablehnend reagiert und einen eigenen Plan entwickelt, der insbesondere die „unternehmerische Entscheidungsfreiheit“ und die „Mobilität der Arbeitskräfte“ bei Rationalisierung und Automation si-

herstellen soll. Auch dürfe mit einem solchen Vertrag nicht die „Mitbestimmung durch die Hintertür“ eingeführt werden.

Diesen Standpunkt haben die Unternehmer in dem Spitzengespräch mit der IG Metall am 22. Februar in Köln vertreten. Obgleich sie sich im Grundsatz für gewisse materielle Entschädigungen ausgesprochen haben, wollen sie jedoch weiterhin nach Gutdünken und betriebsgeographischen Gesichtspunkten mit den Arbeitnehmern umspringen können. Das unmögliche von der Herrschaft der Kapitalistenklasse gekennzeichnete Recht, wonach zwar jeder bestraft wird, der seinen Wagen falsch parkt, aber straffrei ausgeht, wenn er Unternehmer ist und von heute auf morgen Hunderten und Tausenden Arbeitnehmern mit ihren Familien die Existenz zerstört, soll nach dem Willen von Gesamtmetall unangestastet bleiben.

Die IG Metall hat dagegen in ihrem Entwurf eines Rationalisierungsschutzabkommens eine Reihe von Forderungen erhoben, die geeignet sind, einen wesentlichen Schritt zur Sicherung der Stellung des Arbeitnehmers im Betrieb zu tun. Die Gewerkschaft schlägt u. a. vor:

■ Bildung eines paritätischen „Ausschusses für Personalplanung“ durch Arbeitgeber und Betriebsrat. Der Unternehmer soll dem Ausschuss vierteljährlich „den geschätzten oder errechneten künftigen Personalbedarf unter Zugrundelegung der geplanten Investitionen und der erwogenen betriebs- und arbeitsorganisatorischen Maßnahmen“ usw. vorlegen. Der Ausschuss soll berechtigt sein, Vorschläge und Pläne zur Durchführung von Maßnahmen zur sozialen Sicherung der Arbeitnehmer auszuarbeiten. Eine Einigungsstelle mit einem unparteiischen Vorsitzenden soll bei Unstimmigkeiten die letzte Entscheidung treffen.

■ Der „Ausschuss für Personalplanung“ soll zu folgenden Maßnahmen berechtigt sein: Verfügung der Einstellung von Arbeitskräften nur nach einem Stellenbesetzungsplan; Beseitigung von Arbeitskräften nur nach einem Stellenbesetzungsplan; Beseitigung von Überstunden; Verordnung von Kurzarbeit; laufende Anpassung der Kenntnisse und Fertigkeiten der Arbeitskräfte an die jeweilige oder geplante Arbeitssituation (Umschulungen).

■ Durch die Bildung einer „Personal-ausgleichsabteilung“ sollen auch jene Arbeitnehmer mit zumutbaren Arbeiten weiterbeschäftigt werden, für die eine Beschäftigung in ihrer bisherigen Tätigkeit nicht möglich ist.

■ Bei notwendig werdenden Umsetzungen auf andere Arbeitsplätze soll „mindestens“ der gleiche Verdienst weiterhin vom Betreffenden erreicht werden können.

■ Durch Umschulungen sollen sich die Arbeitskräfte auf neue Arbeitsbedin-

Chemie: Tariffbewegung voll angelaufen

In der chemischen Industrie wird die gegenwärtige Tariffbewegung auf regionaler Ebene durchgeführt werden. Zentrale Verhandlungen, wie sie in einem Sondierungsgespräch am 21. Februar 1968 beim Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik in Hannover von den Vertretern des Rings der Arbeitgeberverbände der chemischen Industrie gefordert wurden, lehnte die Gewerkschaft strikt ab. Die Tarifautonomie der Bezirke müsse gewahrt und die unterschiedliche regionale Tarifsituation in Verfolg der Arbeitnehmerinteressen berücksichtigt werden.

Die Forderungen der bezirklichen Tarifkommissionen der Gewerkschaft — soweit sie bereits präzisiert wurden — sind sehr unterschiedlich. So wurden bis jetzt konkrete Lohn- und Gehaltsforderungen in den Tarifgebieten Hessen (7 Prozent), Westfalen (6,5), Nordrhein (7), Hamburg und Schleswig-Holstein (7,5) und West-Berlin (7 Prozent) gestellt. Entschädigungen bei Umsetzungen und Entlassungen infolge Rationalisierung fordern daneben die Bezirke Hessen, Westfalen und West-Berlin. Westfalen verlangt außerdem die Absicherung der bestehenden Einkommen durch Umwandlung in ein vertraglich vereinbartes 13. Monateinkommen.

„Lohn- und Gehaltserhöhungen mit effektiver Auswirkung“ fordern die Tarifbezirke Nordwürttemberg-Nordbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern, Südbaden, Bayern und Rheinland-Pfalz, wobei die baden-württembergischen Bezirke außerdem die Vereinbarung eines 13. Monateinkommens oder eines Rationalisierungsschutzvertrages anstreben. Bayern will ein 13. Monateinkommen ohne Alternative vereinbaren, und Rheinland-Pfalz verlangt als Nebenforderung zur Lohnerhöhung den Abschluß eines Rationalisierungsabkommens und die tarifliche Vereinbarung einer Jahresabschlußprämie in Höhe von 3 bis 14 Prozent des Jahreseinkommens in fünf Jahresstufen, unter Anrechnung auf bisher gewährte freiwillige Jahresleistungen in den Betrieben.

Die ersten Verhandlungen über die Gewerkschaftsforderungen finden Anfang und Mitte März in den Tarifbezirken Nordrhein, Rheinland-Pfalz und Hessen statt. Die Unternehmer sprechen von „überhöhten Forderungen“, welche die sich wieder belebende Konjunktur gefährden. Der Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik hat diese Unterstellung zurückgewiesen und seinerseits die belebende Wirkung auf die Wirtschaft unterstrichen. —an

gungen vorbereiten können. Die Umschulungen können inner- oder außerhalb des Betriebes stattfinden und müssen während der Arbeitszeit bzw. durch Freistellungen erfolgen und vom Betrieb bezahlt werden, wenn keine andere Stelle in Frage kommt. Anschließend muß bei gleicher Arbeitsleistung mindestens der bisherige Durchschnittsverdienst zu erzielen sein.

■ Arbeitnehmer, die bei Umsetzungen keinen gleichwertigen Arbeitsplatz bekommen, müssen bis zu neun Monaten den alten Verdienst weiter erhalten. Nach dieser Zeit kann ihnen eine Änderungskündigung ausgesprochen werden, die jedoch nur eine Verdienstminderung von 10 Pfennig je Stunde bzw. 20 DM im Monat zur Folge haben darf.

■ Bei unvermeidlichen Entlassungen müssen Abfindungen gezahlt werden, die pro Jahr Betriebszugehörigkeit vom 30. Lebensjahr an eine Summe von 6 Prozent des letzten Jahreseinkommens ausmachen, höchstens jedoch ein volles Jahreseinkommen. Arbeitnehmer von 55 bis 59 Jahren dürfen nicht entlassen werden. Wer älter als 60 Jahre ist, soll in jedem Falle ein volles Jahreseinkommen bei seiner Entlassung bekommen.

■ Die Kosten sollen von den Betrieben durch Einzahlung von 1,5 Prozent der Lohn- und Gehaltssumme in eine „Ausgleichskasse“ getragen werden.

Zweifelloso handelt es sich bei diesem Vertragsentwurf der IG Metall um die bislang weitestgehenden Vorstellungen, die ernsthaft ins Gespräch gebracht wurden. Die Rationalisierungsschutzverträge, die bis heute von anderen Gewerkschaften abgeschlossen werden konnten, erschöpfen sich durchweg in Bestimmungen über Entschädigungen. Darum ist es zu begrüßen, daß der Entwurf der IG Metall mit dem „Ausschuss für Personalplanung“ bereits lange vor Umsetzungen und Entlassungen auf Entwicklung und Ausbildung der Belegschaft Einfluß zu nehmen beabsichtigt, dem Betriebsrat also ein gewisses betriebliches Mitspracherecht verschaffen will.

Die IG Metall ist gut beraten, wenn sie zur Realisierung ihres Vertragsentwurfs zäh verhandelt und alle Kräfte der Organisation aufbietet. Dennoch sollte für die Tariffbewegung 1968 in der Metallverarbeitung gelten: An der Spitze aller Bemühungen muß der Kampf um spürbare Lohn- und Gehaltserhöhungen stehen! K. Kilian

Die Einführung der Mehrwertsteuer hat Ärger und erregte Diskussionen ausgelöst. Die von ihr verursachten Preissteigerungen und die Reaktion der Käufer bzw. die Gegenreaktion der Geschäftsleute hat sich in den Spalten der Presse niederschlagen. Ebenso geschickt wie demagogisch hat in dieser Auseinandersetzung die Bundesregierung den „Schwarzen Peter“ abwechselnd Käufern und Geschäftsleuten zugespitzt:

Während Wirtschaftsminister Schiller den Hausfrauen die Verantwortung für die Preisentwicklung zuschob, warf sein Kollege, Finanzminister Strauß, den Geschäftsleuten unberechtigte Preistreiberi vor. Nun ist es zweifellos richtig, daß die Preise vielfach, sei es aus Unkenntnis oder auch vorsätzlich, überhöht wurden, aber das ist keineswegs der Kern des Problems; diese Diskussion führt lediglich dazu, das Verhalten der Bundesregierung als den wirklichen Nutznießer der Mehrwertsteuer zu verschleiern.

Nach dem regierungsamtlichen Bulletin vom 8. Juli 1967 erwartet die Regierung in den vier Haushaltsjahren 1968 bis 1971 aus der Mehrwertsteuer eine zusätzliche Einnahme von 8,3 Milliarden DM. Da diese Steuer restlos auf den Verbraucher abgewälzt werden kann, ist allein der Verbraucher der Leidtragende. Das Argument aber, daß es sich bei der Mehrwertsteuer lediglich um eine Anpassung an die in der EWG übliche Steuermethode handelt, lenkt von den Tatsachen ab. In den übrigen EWG-Ländern wird zwar die gleiche Steuermethode angewandt, aber im Unterschied zur Bundesrepublik werden in diesen Ländern die großen Einkommen erheblich höher besteuert als bei uns. Außerdem steht die Bundesrepublik in der durchschnittlichen Pro-Kopf-Besteuerung mit Abstand an der Spitze aller EWG-Länder. Eine Anpassung an die in der EWG übliche Besteuerung hätte als Ausgleich für die steuerliche Mehrbelastung durch die Mehrwertsteuer eine Steuersenkung für die kleinen und eine Steuererhöhung für die großen Einkommen erforderlich gemacht. Doch um die Gerechtigkeit geht es der Bundesregierung natürlich nicht. Sie will mehr Einnahmen und gleichzeitig aber nicht den Millionären zu nahe treten.

Es ist falsch, wenn sich Verbraucher und Geschäftsleute wegen der Preiserhöhungen durch die Mehrwertsteuer gegeneinander ausgespielen lassen. Es kommt darauf an, die wirkliche Ursache — den wachsenden Finanzbedarf für die Rüstung — zu erkennen. Es wäre eine Aufgabe der Gewerkschaften, politische Aufklärungsarbeit zu leisten, um die Arbeitnehmer zukünftige politische Entscheidungen klarer treffen zu lassen. sr

Gewerkschaft kündigte Lohn- und Gehaltstarife Hohe Produktivitätssteigerung bei Textil/Bekleidung

In der Textil- und Bekleidungsindustrie des Bundesgebietes sind zum 31. März 1968 alle Lohn- und Gehaltstarife gekündigt worden. Damit ist die Lohnpause für die Textilwirtschaft im Jahre der Rezession vorbei. Die Gewerkschaft hatte 1967 auf die ungünstige wirtschaftliche Situation Rücksicht genommen und auf mögliche Tarifikündigungen verzichtet, womit die Verträge Laufzeiten bis zu zwei Jahren erreichten.

Die Textil- und Bekleidungsindustrie hat im letzten Jahr über zwei Erscheinungen auf dem Textilmarkt besonders geklagt, über die schon seit Jahren wachsenden Einfuhren und über den schwindenden Absatz im Inland, der insbesondere bei Gespinsten zu erheblichen Preiszugeständnissen zwang. Aber es sind auch kaum in einer anderen Industrie so hohe Rationalisierungserfolge erzielt worden, wie in diesem Industriezweig. Das mag an einigen Zahlen sichtbar werden.

Der Produktionsindex insgesamt (1958 = 100) stieg bis 1966 bereits um 46 Prozent. In der gleichen Zeit hat sich die Zahl der Beschäftigten um genau 80 000 und seit 1966 nochmals um fast 60 000 vermindert. D. h. der Umsatz je Beschäftigten stieg in diesen Jahren sogar um etwa 75 Prozent. Im Jahresdurchschnitt 1966 erzielte die Textilindustrie monatlich einen Umsatz von 1,7 Mrd. DM gegenüber nur 1,17 Mrd. DM im Monatsdurchschnitt 1958. Dieser Stand konnte im Jahre 1967 nicht gehalten werden. Der Versuch, die Umsatzverluste über den Export auszugleichen, mißlang.

Auf diese Erscheinungen hatte die Gewerkschaft Rücksicht genommen und darüber hinaus auch Verständnis für weitere Rationalisierungsmaßnahmen zur Senkung der Produktionskosten bewiesen. Allerdings hat sie dafür den Versuch unternommen, die durch Rationalisierung betroffenen Arbeitnehmer in besonderen Abkommen mit den Unternehmern zu schützen. Teilweise haben die Unternehmer die Lohnzurückhaltung der Gewerkschaft auch mit Sonderabkommen honoriert, in denen nur die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer Sonder Vorteile erhielten. Das hat zu Protesten anderer Arbeitgeberverbände und auch zu einer Klage von „Gesamttextil“ vor dem Bundesarbeitsgericht geführt, das diese Sonderabkommen für unzulässig erklärte.

Auf ihrer Vorstandstagung in Bamberg hat die Gewerkschaft die Kündigung aller Tarife beschlossen und Lohn-erhöhungen um 18 Pfennig pro Stunde — entsprechend etwa 4,6 bis 5,1 Prozent Lohnerhöhung — sowie die Erhöhung der Angestelltengehälter um durchschnittlich 5 Prozent gefordert. Das ist immer noch Rücksicht auf die Textilwirtschaft und wird knapp ausreichen, um die während der Laufzeit der jetzt gekündigten Verträge er-

höhten Lebenshaltungskosten auszugleichen. Die Forderungen sind auch keine Gegenleistung für die gestiegene Produktivität. Um so verständlicher ist die Dringlichkeit dieser Forderung und das Vorhaben der Gewerkschaft, keinen Vertrag über eine längere Laufzeit als zwölf Monate abzuschließen. -rd-

Tarifikündigung in der Papierverarbeitung

Zum 31. März 1968 hat die IG Druck und Papier die Lohntarifverträge für rund 100 000 gewerbliche Arbeitnehmer der papier- und pappeverarbeitenden Industrie gekündigt. Die Gewerkschaft fordert — wie schon im graphischen Gewerbe — den Abschluß eines Rationalisierungsschutzvertrages, ferner die Anhebung der Löhne um 5,5 Prozent. Schutzvertrag und Lohn-tarif sollen zum 1. April 1968 in Kraft treten.

Tarifverhandlungen im Bankgewerbe

Am 15. März werden in Düsseldorf die ersten Tarifverhandlungen über eine Erhöhung der Angestelltengehälter des privaten Bankgewerbes stattfinden. Eine Prozentzahl wurde von den Gewerkschaften — HbV und DAG — noch nicht genannt. Neben den Gehaltsforderungen sollen auch Fragen der Arbeitsplatzsicherung, der weiteren Arbeitszeitverkürzung und der Urlaubsverlängerung besprochen werden. Im privaten Bankwesen sind 200 000 Angestellte beschäftigt.

Auf dem neunten Platz

Die Größe des Bruttosozialproduktes ist ein Maßstab für die volkswirtschaftliche Leistung oder den Wohlstand eines Landes. Ebenso bedeutend ist die Entwicklung der wirtschaftlichen Gesamtleistung. Nach dem neuesten Stand der OECD-Statistik führen die USA mit einem Wert von 15 360 DM pro Kopf und einem Wachstum von 7,9 Prozent. Das Pro-Kopf-Sozialprodukt in der Bundesrepublik erreichte bei einem Wachstum von 5,8 Prozent 1966 8030 DM. Damit ist die Bundesrepublik vom bisher 6. auf den 9. Platz in der sogenannten westlichen Welt abgerutscht.

Beamte wollen höhere Besoldung

**Bundesregierung hält ihre Versprechungen nicht
Bleibt die Besoldungsneuregelung stecken?**

Eine große Gruppe von Arbeitnehmern in der Bundesrepublik ist wieder einmal enttäuscht worden: die 1,3 Millionen Beamten in den Gemeinden, in den Ländern und beim Bund. Die Bundesregierung hat den neuen, leicht verbesserten Entwurf des 2. Besoldungsneuregelungsgesetzes (BesNG) Anfang Februar dem Bundesrat zugeleitet, der den Gesetzesentwurf Ende des Monats im ersten Durchgang behandelt hat. Die zweite Etappe der Besoldungsreform und damit verbesserte Grundgehaltssätze soll nicht — wie mehrfach zugesichert — rückwirkend ab 1. Januar 1968 in Kraft treten, sondern erst am 1. Juli dieses Jahres.

Der DGB als stärkste Beamtenorganisation — rund 600 000 Beamte sind im DGB organisiert — stellt in einer Erklärung fest, daß die vorgesehenen Maßnahmen zwar in Einzelfällen den Bundesbeamten Verbesserungen bringen, insgesamt aber hinter den gewerkschaftlichen Erwartungen zurückbleiben. Die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) hofft noch, in parlamentarischen Verhandlungen die Inkraftsetzung des Gesetzes zum 1. Januar 1968 erreichen zu

nur eine „Harmonisierung“ erfolgen, d. h. eine Angleichung der niedrigeren Sätze der Bezüge der Bundesbeamten an die der Länderbeamten, sondern zugleich eine wesentliche strukturelle Verbesserung. Man vereinbarte, daß eine Anpassung der Beamtenbesoldung an die wirtschaftliche Entwicklung unabhängig von der vereinbarten Reform erfolgen müsse.

Am 1. Juli 1967 trat das 1. BesNG in Kraft. Es brachte eine Reihe von Verbesserungen vor allem für junge Beamte, die jedoch hinter den Vorstellungen des DGB zurückblieben. Die im Zusammenhang mit der im letzten Sommer beschlossenen mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen strukturellen und linearen Verbesserungen der Beamtenbesoldung für 1968 um 4 Prozent und von 1969 an jeweils um 5 Prozent veranlaßten den DGB zu einer Fehleinschätzung. Der DGB erklärte damals, mit Befriedigung könne festgestellt werden, daß die Vorstellungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes über die Vorausplanung der öffentlichen Finanzen mit der Mißfrit entsprechend dem Grundsatzprogramm erfüllt wären. Für 1968 waren 724 Millionen DM eingeplant worden. Sollte aber das 2. BesNG in der jetzigen Form und erst am 1. Juli wirksam werden, würde das eine Ersparnis von weit über 100 Millionen DM für den Bundeshaushalt ergeben.

Unmittelbar nach dem Tarifabschluß für den öffentlichen Dienst von Anfang Dezember 1967, der eine 3,5-prozentige Lohn- und Gehaltsverbesserung ab 1. Januar 1968 mit sich brachte, legte Lücke den beiden Spitzenorganisationen der Beamten, dem DGB und dem Beamtenbund, seinen Entwurf für ein 2. BesNG vor. In Verhandlungen mit dem Bundesinnenminister kritisierten die DGB-Vertreter, daß weder im ursprünglich vom Ministerium zugesagten noch in dem vom DGB berechtigterweise erwarteten Ausmaß die mit dem 1. BesNG eingeleitete Besoldungsreform fortgesetzt werde.

Der DGB forderte für die Beamten im 2. BesNG die gleichen Verbesserungen, wie sie zuvor den Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst zugestanden worden waren. Das Innen-

ministerium sah sich angesichts der einmütigen Haltung von DGB und Beamtenbund gezwungen, in dem neuen Entwurf des Besoldungsneuregelungsgesetzes statt einer 2prozentigen eine 3prozentige Erhöhung der Grundgehälter vorzuschlagen.

Die zum Zwecke der rahmenrechtlichen Bindung der Länder an die neuen Grundgehaltssätze des Bundes geplante Grundgesetzänderung nennt der DGB eine bundeseinheitliche Reglementierung und spricht in diesem Zusammenhang von „verfassungsrechtlichen Fehlplanungen“. Der Besoldungsvorsprung der Länder Nordrhein-Westfalen und Hamburg, der zur Zeit noch 2 Prozent beträgt, soll nach dem Willen des Bundes mit einer sogenannten Zweidrittel-Klausel „aufgezehrt“ werden. Das würde bedeuten, daß die Beamten dieser Länder für 1968 nur eine Gehaltsverbesserung von 2 Prozent erhalten würden. Die ursprünglich für das 2. BesNG vorgesehene Streichung des örtlichen Sonderzuschlages in Hamburg, der seit über 50 Jahren besteht, hätte eine effektive Gehaltsminderung zur Folge gehabt. Eigentlich sollte aber die zweite Stufe der Besoldungsreform Verbesserungen gegenüber der bisherigen Situation zum Inhalt haben.

Entgegen den in vielen Bundesländern üblichen Regelbeförderungen will die Bundesregierung mit diesem Gesetz, wie es im Bulletin Nr. 14/1968, S. III, erklärt wird, angeblich eine dem Leistungsgrundsatz entsprechende „Bewährungsbeförderung“ einführen. Das, so stellt die Eisenbahnergewerkschaft fest, wäre fast für alle Laufbahnen eine wesentliche Verschlechterung gegenüber den derzeitigen Beförderungsmöglichkeiten.

In der neuesten Erklärung des DGB zum Entwurf des 2. BesNG heißt es: „Die der Vorlage zugrunde gelegte Änderung von Artikel 75 Grundgesetz sowie die als Folge dieser Verfassungsänderung gegen die Landesbeamten zielenden Verschlechterungen ihrer Besoldungs- und Beförderungsverhältnisse werden vom DGB nach wie vor abgelehnt. Sollte der Bundestag wider Erwarten am Terminplan der Bundesregierung festhalten, besteht der DGB darauf, daß Maßnahmen, die ursprünglich erst für die dritte Stufe der Besoldungsneuregelung vorgesehen waren, bereits mit der zweiten Stufe zu realisieren sind.“

Diese über die Entwurfsfassung hinausgehenden Verbesserungen bieten jedoch keinen Ersatz für eine erforderliche allgemeine Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge, welche einerseits die Zielvorstellungen der Bundesregierung im wiedereinsetzenden Wirtschaftsaufschwung und andererseits die Entwicklung der Einkommensverhältnisse als auch des Preisgefüges zu berücksichtigen hätten.“ U. S.

DGB fordert 8 Prozent für Beamte

Der DGB hat seine Forderung für die Beamten bei Bund und Ländern nunmehr festgelegt: Erhöhung der Besoldung um 8 Prozent ab 1. Juli 1968. Die von der Bundesregierung im Entwurf des 2. Besoldungsneuregelungsgesetzes vorgesehene Verbesserung wird als unzureichend abgelehnt.

können und die volle Ausschöpfung der in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Mittel in Höhe von 4 Prozent zu ermöglichen. Im Organ der GdED, „Der Deutsche Eisenbahner“, wird weiter verlangt: „Es geht dabei nicht nur um die Einlösung von Zusagen, sondern um eine Besoldungspolitik, die endlich auch die Beamten in die wirtschaftliche Entwicklung einschließt und alle Benachteiligungen ausschließt.“

Um die ganze Problematik der Besoldungsreform verstehen zu können, muß die Vorgeschichte des Reformwerkes kurz angerissen werden. Vor gut einem Jahr, am 23. Januar 1967, wurde zwischen dem Bundesinnenminister und dem DGB vereinbart, in drei Etappen eine Neuordnung der Beamtenbesoldung durchzuführen. Bis zum Ende der gegenwärtigen Legislaturperiode des Bundestages sollten alle drei Gesetze verabschiedet werden. Mit der Neuordnung des Besoldungsgefüges aller Beamten soll nicht

Computer und Angestellte

Zu diesem Thema fand in Oberhausen vom 5. bis 8. März 1968 — während diese Ausgabe gedruckt wurde — die 3. Internationale Arbeitstagung über Automatisierung, Rationalisierung und technischen Fortschritt der IG Metall statt. Dieser Gewerkschaft kommt das Verdienst zu, sich schon seit Jahren mit Fragen zu beschäftigen, die infolge zunehmender Rationalisierung und Automatisierung in der Wirtschaft auf die Arbeiter und Angestellten zukommen. Die IG Metall ist bestrebt, aus den Ergebnissen ihrer diesbezüglichen Forschungs- und Beobachtungsarbeit tarifpolitische Konsequenzen zu ziehen.

Die Oberhausener Automationstagung beschäftigte sich ausschließlich mit der Rationalisierung in Büros und Verwaltungen. Wie das Vordringen von Computern in die Arbeitswelt der Angestellten wirkt, hat die IG Metall im Zusammenhang mit der Vorbereitung der 3. Automationstagung anhand von zehn Fallstudien untersucht. Das Ergebnis: Computer verändern die Arbeitsplätze und vermindern die Aufstiegsmöglichkeiten von vielen Angestellten. Abteilungsleiter und Akademiker sind genau so betroffen wie Meister und Techniker oder Sachbearbeiter und Hilfskräfte.

In den zehn untersuchten Betriebsbereichen gab es vor der Umstellung insgesamt 293 Angestellte. Davon wurden 104 durch Computer „wegrationalisiert“. Von den bleibenden 189 erhielten nur 9 eine bessere Stellung. Bei 90 änderte sich nichts, 80 erhielten dagegen veränderte, aber gleichwertige Arbeitsplätze; 9 erhielten niederwertigere Beschäftigung. Von den 104 eingesparten Angestellten schieden 52 endgültig aus. 25 wurden entlassen, 18 pensioniert und 9 kündigten selbst. 52 weitere wurden innerbetrieblich umgesetzt. 9 konnten sich dabei verbessern, während sich 5 verschlechterten.

Wo früher konventionelle Lehre und langjährige Berufserfahrung Voraussetzungen des Aufstiegs von Angestellten waren, so heißt es in dem Bericht der IG Metall, zählt heute nur noch durch zusätzliche Ausbildung erworbenes Wissen. Damit würden die Hoffnungen auf betrieblichen Aufstieg für Millionen von Angestellten entscheidend eingeschränkt. Viele Angestellte der untersuchten Bereiche mußten zusätzlich lernen, um lediglich ihren bisherigen Status zu halten.

Zweifelloos wird die 3. Automationstagung der IG Metall mit dazu beitragen, für die von Computern und Büro-rationalisierung bedrohten Angestellten die richtigen gewerkschaftlichen Forderungen zu entwickeln. Die Angestellten und Arbeiter haben in dieser Frage gemeinsame Interessen, nämlich, ihre soziale Sicherheit zu garantieren. PI.

Schneller Produktivitätsanstieg

**Trotz sinkender Beschäftigtenzahl höhere Produktion
Aufschlußreiche Daten aus der Industrie**

Der Aufwand von Beschäftigtenstunden zur Produktion von 1000 DM Nettoproduktionswert (in Preisen von 1958) ist in den 17 Jahren von 1950 bis 1966 ganz erheblich gesunken, nämlich im Durchschnitt der Industrie von 207 auf 83 Stunden. Darin widerspiegelt sich der hohe Effekt von Rationalisierung und Automation. In einigen Industriezweigen ist der Produktivitätsfortschritt besonders gravierend, so in der Kunststoffverarbeitung, wo 1950 noch 357 Arbeitsstunden notwendig waren, um 1000 DM Nettoproduktionswert zu erzeugen, aber 1966 nur noch 67 Stunden. Am krassen ist der Rationalisierungserfolg

in der tabakverarbeitenden Industrie mit nur 9 Stunden Arbeitsaufwand 1966 gegenüber 76 Stunden 1950 für die Herstellung von 1000 DM Produktionswert. (Die Raucher allerdings haben diese Entwicklung finanziell kaum verspürt; die Unternehmer und der Staat aber um so mehr, was auch für die meisten anderen Produkte in der Wirtschaft gilt.)

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung der Produktivität in 13 großen Industriezweigen. Sie wurde von der IG Metall nach Daten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zusammengestellt:

Industriezweig	Aufwand von Beschäftigtenstunden zur Produktion von 1000 DM Nettoproduktionswert	
	1950	1966
Kohlenbergbau	205	96
Feinkeramische Industrie	245	127
Feinmechanische und optische Industrie	278	123
Industrie der Steine und Erden	234	88
Kunststoffverarbeitung	357	67
Maschinenbau	225	120
Fahrzeugbau	322	85
Eisen- und Stahlindustrie	145	86
Elektrotechnische Industrie	220	99
Textilindustrie	292	99
Chemische Industrie	150	45
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	114	45
Tabakverarbeitende Industrie	76	9
Gesamte Industrie	207	83

In einer weiteren Berechnung der IG Metall auf der Basis von DIW-Zahlen wird der „extreme Beschäftigtenabbau durch technischen Wandel von 1958 bis 1966 in ausgewählten Industriezweigen der Bundesrepublik“ nachge-

wiesen. Die Beispiele geben ein Bild davon, wie trotz verminderter Arbeitszeit und zum Teil erheblichen Entlassungen Produktivität und Produktionsvolumen beachtlich gestiegen sind:

Industriezweig	Nettoproduktionsvolumen in v. H.		Arbeitszeit je Beschäftigtenstunde in v. H.		Produktivität je gesteuerter Beschäftigtenstunde in v. H.		Beschäftigtenabbau in v. H. absolut
	1958	1966	1958	1966	1958	1966	
Erdölgewinnung	+ 111,0	— 3,8	+ 220,7	— 31,6	—	—	4 108
Tabakverarbeitende Industrie	+ 63,8	— 9,6	+ 223,7	— 44,0	—	—	29 064
Textilindustrie	+ 40,2	— 7,6	+ 86,2	— 13,9	—	—	86 875
Kali- und Steinsalzbergbau	+ 42,5	— 9,0	+ 87,7	— 16,6	—	—	3 922
Feinkeramische Industrie	+ 27,6	— 9,2	+ 59,1	— 11,7	—	—	11 013
Kohlenbergbau	— 11,3	— 8,3	+ 59,8	— 39,5	—	—	254 036

Mit weniger Beschäftigten fast gleiches Sozialprodukt

Obwohl 1967 das Beschäftigungsvolumen (Erwerbstätige mal Arbeitszeit) um 5,5 Prozent kleiner war als 1966, war im vergangenen Jahr das reale Sozialprodukt nur um 0,5 Prozent ge-

ringer als ein Jahr zuvor. Diese neuesten statistischen Feststellungen zeigen deutlich die Rationalisierungserfolge der Wirtschaft und die gestiegene Arbeitsintensität infolge der Angst der Arbeitnehmer vor dem Verlust des Arbeitsplatzes.

Rationalisierung in der DDR

Triebkräfte und Tendenzen im Zeichen der Planung Eine Serie von Dr. Karl Heinz Arnold (III)

Die wissenschaftlich-technische Revolution ist ein weltweiter Prozeß, der sich in allen hochentwickelten Industrieländern vollzieht. Er ist durch zunehmende Rationalisierung aller Arbeitsprozesse mit der Automatisierung als höchster Form gekennzeichnet. Zu welchen sozialpolitischen Ergebnissen dies führt, hängt von der Gesellschaftsordnung ab. Benn B. Seligmann, Forschungsdirektor des US-Gewerkschaftsverbandes, erklärte bereits 1963, „daß die neue Technik für die große Masse der Arbeiter eine Entwertung der beruflichen Qualifikation bringt und sie auf den sozialen Abfallhaufen wirft“.

Die Tatsachen in einem hochindustrialisierten sozialistischen Staat wie der DDR sehen absolut anders aus. Rationalisierung wird hier begriffen und vorangetrieben als vorrangige Möglichkeit und Notwendigkeit zur Vermehrung des Nationaleinkommens (Nettosozialprodukt, also die Summe der im Laufe eines Jahres durch produktive Arbeit neu geschaffenen Werte). Es dient der planmäßig vollzogenen Kettenreaktion: wachsende Wirtschaftskraft — wachsender Wohlstand. Soziale Unsicherheitsfaktoren sind ausgeschlossen. Sozialistische Rationalisierung heißt: mit dem Menschen — für den Menschen.

Vergegenwärtigen wir uns einen typischen Vorgang. In einem Betrieb soll die mechanisierte Fertigung auf automatisierte Fließreihe umgestellt werden. Die dazu notwendigen finanziellen Mittel hat der Betrieb zum Teil durch intensiveres Ausnutzen der bisherigen Technik, verbesserte Arbeitsorganisation und höhere Verkaufsergebnisse infolge Qualitätssteigerung seines Haupterzeugnisses erwirtschaftet. Dabei haben Tausende Arbeiter und Angestellte durch nützliche Vorschläge — für die es gesetzlich festgelegte Prämien gibt — mitgearbeitet. Sie wissen: Was dem Betrieb und der Volkswirtschaft nützt, gereicht auch dem einzelnen zum Vorteil.

Ein anderer Teil der vorgesehenen Investitionssumme ist durch verzinslichen Bankkredit gedeckt. Die Rückzahlung erfolgt aus dem exakt errechneten Mehrerlös der künftigen modernen Produktion (höherer Ausstoß, Kostensenkung).

Die Umstellung wird rechtzeitig mit der Belegschaft beraten — in Gewerkschaftsversammlungen bis in die Gewerkschaftsgruppen, zumeist identisch mit den Meisterbereichen. Vor allem sind zwei Probleme zu lösen: Erstens die Umstellung einer ganzen Reihe von Kolleginnen und Kollegen auf neue Arbeitsvorgänge, also die rechtzeitige Qualifizierung für die neue Technik. Das geschieht beispielsweise an der Betriebsakademie durch Kurse, die kostenlos sind. Zweitens die Umsetzung derjenigen, die durch die neue Technik für andere Arbeiten frei werden. Hier sind sehr gründliche Aussprachen nötig, um Qualifikation

und Alter, bisherigen Verdienst, persönliche Wünsche und Möglichkeiten mit der Lage im Betrieb in Übereinstimmung zu bringen.

Klares Prinzip ist: Es gibt keine Verschlechterungen. Aber es kann Umstellungsprozesse geben — ungewohnter neuer Arbeitsplatz, auch Betriebswechsel. Je qualifizierter der einzelne ist, desto reibungsloser geht eine solche Veränderung vor sich. Arbeitslosigkeit ist ein Wort, das in der DDR keine praktische Bedeutung hat. Nicht generell deshalb, weil auf Jahre hinaus ein Arbeitskräftebedarf besteht (dies wird bis Anfang der siebziger Jahre der Fall sein), sondern vor allem grundsätzlich aus den Möglichkeiten der sozialistischen Planwirtschaft: Die Rationalisierung mit dem Schwerpunkt Automation (ihr Tempo wird bisher als unzureichend erachtet) ist ein im Betrieb, im Industriezweig und der gesamten Volkswirtschaft vorausberechneter, durch zunehmend wissenschaftliche Planung „verzahnter“ Prozeß. An seinem Gelingen arbeitet der einzelne in seinem Kollektiv und Betrieb mit, aber beispielsweise auch im gewählten Gesellschaftlichen Rat der VVB (Industriezweigvereinigung von Großbetrieben), in Gewerkschaftskomitees, Volksvertretungen usw.

Die deutlichen Erfolge der DDR beruhen vorrangig auf dem bewußten Mitplanen, Mitarbeiten und Mitregieren von Millionen Werktätigen in der sozialistischen Demokratie. Dabei wird das ständige Lernen für den Einsatz der Wissenschaft, neuen Technik und modernsten Technologie zum Mittelpunkt der Rationalisierung. Es wird erlangt und umfassend gefördert.

Die Tendenz geht dahin, ein vorrangiges Wachstum der Industrie- und Wirtschaftszweige zu sichern, von denen der wissenschaftlich-technische Fortschritt insgesamt beeinflußt wird. Aus ihr ergibt sich auch — ohne soziale Verschlechterungen und insgesamt mit höheren Arbeitseinkommen — eine Zuwanderung von Arbeitskräften in die Rationalisierungsmittel-Industrien.

So verzeichneten 1967 die Elektrotechnik und Elektronik (mit einer Produktionssteigerung von 9,5 Prozent) einen Zugang von etwa 5000 Arbeitskräften, die feinmechanisch-optische Industrie

bei ebenfalls überdurchschnittlichem Produktionszuwachs einen Zugang von mehr als 4000 Arbeitskräften. Ähnlich war es in der chemischen Industrie und im Bauwesen. Dabei wird in allen diesen Zweigen zügig weiter mechanisiert und zum Teil automatisiert.

Aus eben diesem Grunde konnten aus der Textil- und Bekleidungsindustrie sowie der Landwirtschaft — hier dank rationeller Großflächenwirtschaft der Produktionsgenossenschaften — Tausende von Arbeitskräften in die ausschlaggebenden Industriezweige überwechseln. (Übrigens erzielte die Landwirtschaft der DDR 1967 zugleich ihre bisher höchsten Ernteerträge und einen guten Zuwachs an Fleisch- und Milchproduktion.) Auch im Volksbildungs- und Gesundheitswesen stieg die Zahl der Beschäftigten. Bildung und soziale Fürsorge sind in der DDR Schwerpunkte im Zusammenhang mit der technischen Revolution.

Auch DAG fordert Schutz vor Rationalisierung

Zur gleichen Zeit wie die IG Metall hat auch die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft dem Gesamtverband metallindustrieller Arbeitgeberverbände einen Entwurf für einen „Tarifvertrag zur Abwendung sozialer Härten bei Rationalisierungsmaßnahmen“ zugeleitet. Die DAG fordert für die von ihr betreuten Angestellten in der Metallindustrie u. a. die rechtzeitige Einschaltung des Betriebsrates bei Planung und Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen; die Vermeidung von Kündigungen durch Einstellungs-sperre, betriebliche Umsetzungen und Umschulungen; Sicherung des bisherigen Einkommens bei Umsetzungen auf niedriger bewertete Arbeitsplätze für 12 bis 18 Monate; Zahlung von Entschädigungen bei unvermeidlichen Entlassungen und Entlassungsverbot bei Angestellten ab 55. Lebensjahr und 20jähriger Betriebszugehörigkeit.

Maschinen sorgfältiger behandelt als Menschen

Aus einer Umfrage des Rationalisierungskuratoriums der Deutschen Wirtschaft ergibt sich, daß von den Betrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten 69 Prozent ihre Investitionen, 59 Prozent ihre Finanzen und 52 Prozent ihre Produktion langfristig planen. Eine Personalplanung gab es jedoch nur in 18 Prozent der befragten Unternehmen. In Betrieben mit 300 bis 500 Beschäftigten ist es noch schlechter bestellt. Dort wird für das Personal nur in 4 Prozent aller Fälle geplant, obwohl 39 Prozent Investitionspläne, 36 Prozent Finanzpläne und 33 Prozent Produktionspläne hatten.

Wie weiter im Steinkohlenbergbau?

Nach dem Rheinstahlplan nun der Walsumplan?

Bergbau muß in Gemeineigentum überführt werden

Der Rheinstahlplan der großen Montankonzerne ist gescheitert. Gegen den Plan haben sich die IG Bergbau und Energie, der SPD-Bezirk Westliches Westfalen, NRW-Arbeitsminister Figgen, zahlreiche SPD-Landtagsabgeordnete sowie 40 Prozent aller Bergwerksgesellschaften ausgesprochen. Nach fünf Gesprächen mit Vertretern des Rheinstahlkreises hat der Hauptvorstand der IGBE in einem Schreiben an Bundeswirtschaftsminister Schiller sowohl den ursprünglichen als auch den modifizierten Rheinstahlplan abgelehnt, „da in nicht zu rechtfertigender Weise Milliardenbeträge der öffentlichen Hand in Anspruch genommen, die attraktiven und gewinnbringenden Teile des derzeitigen Bergbaubesitzes aus der neu zu gründenden Einheitsgesellschaft ausgeklammert und das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer ausgehöhlt werden.“

Gestützt auf das Bonner Kohle-Anpassungsgesetz und die „Neuordnungs“-Pläne von Prof. Schiller glaubte das Monopol- und Bankkapital die Zeit für gekommen, um aus dem von der Bundesregierung geforderten Gesundheitsschutzprozess im Steinkohlenbergbau Maximalprofite herauszuschlagen zu können. Ausschließlich unter diesem Gesichtspunkt entstand der Rheinstahlplan, zu dessen Initiatoren Bankier Abs, DHIT-Präsident Schneider, Klöckner-Chef Henle, BDI-Präsident Berg und ATH-Generaldirektor Sohl gehören.

Ihre Konzeption zielte in Übereinstimmung mit der Bundesregierung darauf ab, für den Bergbau eine Betriebsführungsgesellschaft auf privater und freiwilliger Grundlage zu schaffen. Unter dieser Voraussetzung wurden durch die Vertreter des Rheinstahlkreises bei den Verhandlungen mit der Bundesregierung und der IGBE nacheinander drei Fassungen des Planes vorgelegt:

1. Übernahme einer Ausfallbürgschaft für die Betriebsführungsgesellschaft durch den Bund in Höhe von 360 Millionen DM jährlich, was bei der geforderten Laufzeit von 20 Jahren eine staatliche Gewinngarantie von 7,2 Milliarden DM bedeutet hätte.

2. Garantie eines Pachtzinses von 290 Millionen DM pro Jahr, wodurch die Ausfallbürgschaft des Bundes und der Kohlensäure 5,8 Milliarden DM betragen hätte. Außerdem Gewährung einer „Streckungsbeihilfe“ in Höhe von 50 Deutsche Mark je Tonne für Förderkapazitäten, die nach Meinung der Bergwerksgesellschaften unverzüglich stillgelegt werden müßten, aber aus politischen Gründen vorerst noch aufrecht erhalten werden sollen.

3. Zahlung eines Pachtzinses von 180 Millionen DM jährlich. Das hätte bei 20 Jahren eine Ausfallbürgschaft von 3,7 Milliarden DM ausgemacht. Angesichts der auf dem Bergbau lastenden Schulden hätte sich jedoch die staatliche Gesamtbürgschaft auf insgesamt 4,9 Milliarden DM erhöht. Gegenüber den Fassungen 1 und 2 sah der modifizierte Rheinstahlplan vor, daß das Eigentum an den Zechen nicht, wie es

die Pachtlösung vorsah, in 20 Jahren, sondern sofort bei der Einbringung auf die Betriebsführungsgesellschaft übertragen werden sollte.

Alle drei Fassungen des Rheinstahlplanes hatten zur Voraussetzung, daß die öffentliche Hand, d. h. der Steuerzahler, das ganze Risiko der Betriebsführungsgesellschaft tragen sollte, während die Konzernherren die Profite einzustecken gedachten. Sie wollten aber nicht nur die staatlich garantier-

Nach zwei Jahren

Tarifikündigung im Bergbau

Die IG Bergbau und Energie hat Ende Februar zum 31. Mai 1968 die Lohn- und Gehaltstarifverträge für die rund 280 000 Beschäftigten in den Steinkohlenrevieren Ruhr, Saar, Aachen und Niedersachsen gekündigt. Der letzte Tarifvertrag war vor zwei Jahren vereinbart worden. Die Gewerkschaft hat ihre Forderungen an die Zechenunternehmer noch nicht präzisiert, sondern will erst die allgemeine und wirtschaftliche Entwicklung im Steinkohlenbergbau in den nächsten Monaten abwarten.

Leistungsrekord im Bergbau

Während Zechensterben, Frühpensio-nierung und Arbeitslosigkeit die düstere soziale Perspektive des Bergarbeiters sind, können die Zechenbesitzer zufrieden sein. Aus der Existenzfurcht der Arbeitnehmer schlagen sie Kapital: Nach Erhebungen des Statistischen Amtes der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist bei den Beschäftigten unter Tage im westdeutschen Steinkohlenbergbau von 1966 bis 1967 die Leistung je Mann und Schicht um 11 Prozent auf 3381 kg gestiegen. Demgegenüber betrug die Steigerung in Frankreich 6,5 Prozent auf 2241 kg, in Holland 5,3 Prozent auf 2428 kg und in Belgien 4,5 Prozent auf 2086 kg je Mann und Schicht.

ten Milliarden-Gewinne kassieren, sondern darüber hinaus zusätzliche Profite aus der Tätigkeit so lukrativer Unternehmenssparten wie Kraftwerks-wirtschaft, Werkswohnungen und Grundstücke einstecken, die weiterhin im Besitz der Altgesellschaften verbleiben sollten. Außerdem hatten die großen Konzerne mit Stahl- und Kraftwerksbesitzungen bereits Vorverträge abgeschlossen, denen zufolge die neue Betriebsführungsgesellschaft den Kraftwerken und Hüttenbetrieben Kohle zu Weltmarktpreisen hätte liefern müssen. Von dem Bezug billiger Kohle erhoffen sich die Montankonzerne eine weitere Verbesserung ihrer Gewinn-situation. Mit Recht erklärte der Recklinghausener DGB-Kreisvorsitzende Mohrenstecher: „Der Rheinstahlplan ist der größte Betrug des Jahrhunderts.“

Einen weiteren Coup gedachten die Konzernherren mit dem Verkauf von Werkswohnungen und Grundstücken zu landen, die — wie das Gewerkschaftsorgan „einheit“ schreibt — samt Mietern wie Ramschware verhöckert würden. So kaufte der Rheinstahlkonzern 2000 Bergarbeiterwohnungen und 20 Millionen Quadratmeter Grundstücke für die lächerliche Summe von 54 Millionen DM von seiner Tochtergesellschaft Rheinstahl-Bergbau AG. Angesichts der Tatsache, daß der gezahlte Quadratmeterpreis bei 2,20 DM liegt, während üblicherweise 30 bis 40 DM für Wohnungs- und 15 bis 20 DM für Industriegrundstücke verlangt werden, schlußfolgert die „einheit“, daß „die Rheinischen Stahlwerke mit dieser Transaktion eines ihrer größten Geschäfte gemacht haben“.

Die Stumm-Gruppe verkaufte 2079 Wohnungen an die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft „Glückauf“, deren Hauptaktionär die Gebrüder Stumm GmbH ist. Der Kölner Steuerbevollmächtigte Kaussen kaufte von der Friedrich Krupp Bergbau AG 3381 Werkswohnungen für 35 Millionen DM; von der Bergwerksgesellschaft Monopol übernahm Kaussen 1077 Bergarbeiterwohnungen für etwa 10 Millionen DM. Einen anderen Schachzug tat der Rheinstahlkonzern, der eine Million Tonnen Kohle auf die Seite schaffte, die später von der Betriebsführungsgesellschaft hätten gekauft werden müssen.

Der Rheinstahlplan ist bei den Bergarbeitern auf einmütige Ablehnung gestoßen. So sprach der Gesamtbetriebsrat der Hibernia AG von einem „Ausverkauf des Bergbaus“ und forderte den IGBE-Vorstand auf, sich mit allen Mitteln gegen den Rheinstahlplan zur Wehr zu setzen. Die Kumpel sehen in dem Rheinstahlplan einen „permanenten Stilllegungsverband“. Unter Berufung darauf, daß Rheinstahlkreis und Bundesregierung die Zurücknahme der Förderkapazitäten auf 77 Millionen Jahrestonnen planten, erklärte der Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Ewald-Kohle AG, August Bönte, der Rheinstahlplan wolle

nur ein Gerippe der Bergbau-Industrie bestehen lassen und die lebenswichtigen Substanz- und Ertragswerte in private Hand übergeben. Außerdem würde er zur Folge haben, daß 82 000 der im Ruhrbergbau beschäftigten Arbeiter und Angestellten ihren Arbeitsplatz verlieren.

Nach fünf Gesprächen mit Vertretern des Rheinstahlplanes gelangte schließlich auch IGBE-Vorsitzender Arendt zu der Auffassung: „Es ist sinnlos, über den Rheinstahlplan weiter zu verhandeln.“ Die Gewerkschaft könne weder dem alten noch dem modifizierten Plan zustimmen. Eine Neuordnung des Bergbaus nach dem Rheinstahlplan würde zu keiner lebens- und ertragsfähigen Gesellschaft führen. Voraussetzung dafür sei vielmehr die Einbeziehung der attraktiven und gewinnbringenden Teile wie Kraftwirtschaft, Grundstücke und Wohnungen. Auch eine Sicherung der paritätischen Mitbestimmung bis zur betrieblichen Ebene sei notwendig.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß der entschlossene Widerstand von Zechenbelegschaften, IGBE und SPD-Landtagsabgeordneten den Rheinstahlplan der Konzernherren und der Bundesregierung zu Fall gebracht hat. Bonn dürfte zwar bereit gewesen sein, dem modifizierten Plan zuzustimmen, mußte schließlich jedoch erkennen, daß die von Minister Schiller und den Rheinstahl-Initiatoren angestrebte Lösung ohne die Befürwortung durch die Gewerkschaft und die Mehrheit der SPD-Landtagsfraktion nicht realisierbar ist, weil das eine Gefährdung des Burgfriedens an Rhein und Ruhr bedeutet hätte, an dessen Erhaltung aber die politisch und wirtschaftlich herrschenden Kräfte im Moment stärkstens interessiert sind.

Während einige Konzernbosse krampfhaft bemüht sind, ihren Plan doch noch zu retten, hat der Unternehmensverband Ruhrbergbau inzwischen den sogenannten Walsum-Plan aus der Schublade hervorgeholt, der eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit der Zwangsmitgliedschaft aller Bergwerks-gesellschaften vorsieht. Der Ruhrbergbau, so betonte Verbandsvorsitzender Kemper, werde alles daransetzen, auch bei einer gesetzlichen Regelung seine privatwirtschaftliche Grundlage zu erhalten. Er wolle keine staatliche Kommandowirtschaft, sondern die unternehmerische Verantwortung und Entscheidungsfreiheit müßten gewahrt bleiben. Die Durchführung der notwendigen Maßnahmen zur Anpassung der Kohleförderung an den Markt dürfe dabei nicht gehemmt und verschleppt werden.

Die Absichten, die die Konzerne mit ihrem neuen Plan verfolgen, sind eindeutig. Durch die Bildung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Zwangsmitgliedschaft soll erreicht werden, daß alle Bergwerks-gesellschaften in den Genuß der Vorteile des Bonner Kohle-Anpassungsgesetzes gelangen. Das würde sie in die Lage versetzen,

Gegen Vietnamkrieg u. Notstandsgesetze

3. Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier

Starkes politisches Engagement der Gewerkschaftsjugend

Zur Vorbereitung der Gewerkschaftstage und zentralen DGB-Konferenzen, die im Laufe dieses Jahres stattfinden, lagen in diesen Wochen auf allen Ebenen zahlreiche Delegiertenkonferenzen des DGB und der Gewerkschaften, auf denen sich bereits die wesentlichen Forderungen, die auf den kommenden Kongressen eine Rolle spielen werden, herauskristallisierten. Eine der ersten größeren gewerkschaftlichen Veranstaltungen dieses Jahres war die 3. Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier in Springen/Taunus.

Die 102 Delegierten der 24 000 jugendlichen Mitglieder der IG Druck und Papier formulierten Anfang Februar in gründlichen Beratungen ihre Vorstellungen und Forderungen, die ein starkes politisches Engagement erkennen lassen. Von dem Verlangen an den DGB, die Mitarbeit in der konzertierten Aktion aufzugeben, bis zur Aufhebung des PKD-Verbot es geht die Skala der Forderungen.

Die jungen Gewerkschafter vertreten die Auffassung, daß die Mitarbeit der Gewerkschaften in der konzertierten Aktion des Bundeswirtschaftsministers „unvereinbar ist mit den wirtschaftspolitischen Forderungen des DGB-Grundsatzprogramms“. Der Hauptvorstand der IG Druck und Papier wird aufgefordert, seine Tarifpolitik am Grundsatzprogramm zu orientieren.

Die ablehnende Haltung des DGB zur Notstandsgesetzgebung wird von der Jugendkonferenz begrüßt. Sie fordert darüber hinaus den DGB und die Gewerkschaften auf, das Kuratorium „Notstand der Demokratie“ finanziell und publizistisch zu unterstützen. Um die Demokratie zu schützen, müßten notfalls gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen, einschließlich des Streiks, ergriffen werden. An alle Gewerkschafter ergeht die Aufforderung, sich an dem

Sternmarsch nach Bonn zu beteiligen, der vom Kuratorium „Notstand der Demokratie“ geplant ist und für den Fall durchgeführt werden soll, daß der Bundestag die zweite Lesung der Notstandsgesetzesentwürfe ansetzt. Ebenfalls finanzielle und publizistische Unterstützung sowie aktive Teilnahme an den Ostermärschen fordern die Delegierten für die „Kampagne für Abrüstung“.

Die Jugendkonferenz wendet sich gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam. Sie fordert die Einstellung aller Kriegshandlungen und den sofortigen Abzug ausländischer Truppen, damit das vietnamesische Volk sein Selbstbestimmungsrecht in Anspruch nehmen kann. „Wir distanzieren uns von allen offiziellen Äußerungen der Bundesregierung und der Bundestagsparteien, die den Anschein erwecken, als identifizierten sich die Bürger der Bundesrepublik mit der Vietnampolitik der USA-Regierung“, heißt es in der Vietnamentschließung.

Der DGB wird aufgefordert, bei der Bundesregierung seinen Einfluß geltend zu machen, damit diese die Oder-Neiße-Grenze und die DDR anerkennt. „Nur die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und den sozialistischen Ländern ist die Voraussetzung für Frieden und Fortschritt in der Welt.“

Schließlich setzt sich die 3. Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier für die Aufhebung des KPD-Verbots ein, das im kommenden Sommer zwölf Jahre (ebenso lange wie unter Hitler) bestehen würde. Die Delegierten teilen nicht die Bonner These, daß die KPD außerhalb des Grundgesetzes stehe und erklären: „Jegliches Verbot von politischen Parteien, die sich auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen, ist eines demokratischen Staates unwürdig.“

Die 3. Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier dürfte mit ihren Beschlüssen, ebenso wie die Hamburger Bezirksjugendkonferenz der Gewerkschaft OTV und andere Delegiertenkonferenzen, bereits die Probleme deutlich gemacht haben, die zur Zeit in den Gewerkschaften diskutiert werden. Die Konferenz hat ohne Zweifel auch einen wertvollen Hinweis gegeben, wie die Lösung dieser Probleme aussehen sollte.

-an

staatliche Milliarden-Geschenke zu kassieren und horrenden Stilllegungsgewinne einzustecken, ohne daß sich an den bankrotten privatwirtschaftlichen Eigentumsverhältnissen sowie an der volkswirtschaftsfeindlichen und unsocialen Politik der Ruhrkonzerne auch nur das geringste ändern würde.

Nachdem sich Konzernherren und Bundesregierung ein weiteres Mal als unfähig erwiesen haben, für den Steinkohlenbergbau eine Lösung vorzulegen, die sowohl den gesamtwirtschaftlichen Belangen als auch den sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Bergarbeiter Rechnung trägt, müßte es nun Aufgabe der IGBE sein, mit aller Konsequenz auf die Regierungen in Bonn und Düsseldorf dahingehend einzuwirken, daß der Bergbau einschließlich der Kraftwerks-, Wohnungs- und Grundstückswirtschaft entsprechend der Verfassung in Gemeineigentum überführt wird.

G. B.

Soziale Sicherheit - aber wie?

Der Dr. - Wenzel - Verlag, Duisburg-Ruhrort, hat eine Broschüre von Hans Schneider mit dem Titel „Soziale Sicherheit — aber wie?“ herausgebracht. Die 24 Seiten umfassende Broschüre trägt den Untertitel: Standpunkt eines Kommunisten zur Sozialpolitik.“

Die Broschüre ist in zweierlei Hinsicht aktuell. Einmal hat durch die sozialen Abbaumaßnahmen der Großen Koalition vor allem im Rahmen der sogenannten mittelfristigen Finanzplanung der Kampf um die Erhaltung und die Verbesserung der sozialen Rechte und Leistungen eine erhebliche Zuspitzung erfahren. Zum anderen wurde mit der Übergabe des Programm-Entwurfs der KPD an die Öffentlichkeit der Bundesrepublik die Diskussion um den Standpunkt der Kommunisten zu den politischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Problemen und Perspektiven stark belebt.

Hans Schneider will — wie er im Vorwort schreibt — mit seiner Broschüre der durch eine „stupidie antikommunistische Propaganda“ verbreiteten Auffassung entgegenzutreten, die „Kommunisten seien an der Verschlechterung des Lebensstandards interessiert, weil sie so ‚im trüben fischen‘ könnten“. Er will nachweisen, daß die Wahrheit anders ist: „Für einen Kommunisten ist die grundgesetzliche Verpflichtung zum sozialen Rechtsstaat kein Wahlsprüchlein, sondern echte soziale Aufgabe aus humanistischer Verpflichtung. Deshalb wird sich eine Kritik aus kommunistischer Sicht nicht im Negativen erschöpfen, sondern ist stets um konstruktive Alternativen bemüht.“

In der Tat nimmt die Kritik an der sozialreaktionären Politik in der Bundesrepublik nur den kleineren Teil in der Broschüre ein. In stärkerem Umfang entwickelt der Verleger detaillierte Vorschläge für grundlegende Verbesserungen der bundesrepublikanischen Sozialordnung. Auch zu den Fragen der Arbeitssicherheit, der Unfallversicherung, des Gesundheitsschutzes, der Rentenversicherung, der Sorge für alle Mithürger, der Rehabilitation, des Schwerbeschädigtenrechts, des Mietrechts, der Hilfe für die Familie usw. werden in der Broschüre eine Fülle von Vorstellungen, Vorschlägen und Forderungen entwickelt, die sich im wesentlichen mit den Forderungen der Gewerkschaften und Sozialverbände decken.

Leider enthält die Broschüre auch einige sachliche Ungenauigkeiten und Fehler in Detailfragen. Trotzdem ist sie ein wertvolles Material.

Hans Schneider:

„Soziale Sicherheit — aber wie?“

Herausgeber:

Dr.-Wenzel-Verlag GmbH, Duisburg, Tausendlensterhaus

Die sozialen „Perspektiven“ der SPD

Vieles steht im Widerspruch zu Gewerkschaftsforderungen

Praktische Politik versperrt Realisierung guter Vorstellungen

In der vom Parteivorstand der SPD veröffentlichten Plattform — „Sozialdemokratische Perspektiven“ — wird auch zu den Problemen und Aufgaben der Sozialpolitik und der sozialen Sicherheit Stellung genommen. Einige Feststellungen, die in den „Perspektiven“ dazu getroffen werden, kann — soweit sie die Aufgaben auf diesem Gebiet unserer gesellschaftlichen Entwicklung betreffen — jeder Gewerkschafter unterstützen.

So, wenn es heißt: „Soziale Sicherung muß die Familie einschließen... Die Sicherung der Arbeitsplätze, zeitgerechte Arbeitsverdienste und Arbeitsbedingungen sind vorrangige gesellschaftspolitische Aufgaben... Betriebliche Sozialleistungen sind so auszugestalten, daß sie die Freizügigkeit der Arbeitnehmer nicht behindern... Die weitere Ausgestaltung des Lebensabends bleibt das Ziel der SPD... Für die Zukunft geht es darum, die Erhaltung von Gesundheit und Lebensfähigkeit weit stärker als bisher zu fördern... Über die Sicherung im Krankheitsfall hinaus brauchen wir Sicherung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit durch vorbeugende Gesundheitspflege.“

Aber zu diesen allgemeinen und unverbindlichen Feststellungen in den „Perspektiven“ der SPD-Führung fehlen konkrete Vorschläge und Forderungen für ihre Verwirklichung, und die praktische Politik der von den Ministern der SPD mitgetragenen Regierung der Großen Koalition steht in direktem Gegensatz zu diesen sozialen Perspektiven. Die soziale Sicherung der Familie ist mit der völligen Streichung der Ausbildungszulage („Pennälergehalt“) und der Einschränkung der Leistungen der 1965 beschlossenen Mutterschutz - Novelle nicht verbessert, sondern verschlechtert worden. Der DGB fordert seit Jahren die Zahlung eines Kindergeldes auch an erste Kinder ohne Einkommensbeschränkung. Das ist in allen anderen EWG-Ländern, wie auch in sozialistischen Staaten, längst üblich. Die SPD-Führung schweigt sich in den Perspektiven zu dieser Forderung der Gewerkschaften aus.

Unter „Sicherung der Arbeitsplätze“ versteht jeder Gewerkschafter die restlose Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Nach den Ermittlungen des Statistischen Bundesamtes aber war die Arbeitslosenzahl 1967 im Jahresdurchschnitt mit 460 000 um 300 000 höher als im Jahre 1966. Ende Januar 1968 erreichte sie mit 682 600 fast wieder den Höchststand vom Februar 1967, trotz der Rückwanderung Hunderttausender ausländischer Arbeiter. Dennoch wird in den Perspektiven des SPD-Vorstandes festgestellt: „In der Wirtschaftspolitik sind die Schalten

der Wirtschaftskrise gebannt, somit Arbeitsplätze und Preisstabilität gesichert...“

Auch was unter „zeitgerechte Arbeitsverdienste und Arbeitsbedingungen“ verstanden wird, ist in den Perspektiven nicht erläutert worden. Tatsache ist aber, daß im ersten Regierungsjahr der Großen Koalition die Reallöhne im wesentlichen stagnierten, ja durch Abbau übertariflicher Leistungen sogar gesenkt wurden, während die Großunternehmer gut verdienten und Wirtschaftsminister Schiller die gleiche Orientierung auch für dieses Jahr gegeben hat. Die betrieblichen Sozialleistungen schließlich wurden und werden nicht ausgebaut, sondern kräftig abgebaut und eingeschränkt, was u. a. in den beiden Weißbüchern der IG Metall bewiesen wird.

Zur „weiteren Ausgestaltung der sozialen Sicherung des Lebensabends“ gibt es in den Perspektiven einige konkrete Vorstellungen. So die Forderung nach Kontoauszügen über die Höhe des Rentenanspruches, den Arbeiter und Angestellte in der Rentenversicherung erreicht haben. Sicher ist diese Forderung zu unterstützen. Die Landesversicherungsanstalt Oldenburg-Bremen hat bereits mit der Fertigung solcher Kontoauszüge begonnen. Durch diesen Kontoauszug aber erhöht sich der Rentenanspruch um keinen Pfennig. Das aber ist das wirkliche Hauptproblem unserer Rentenversicherung. Der DGB fordert in seinem Aktionsprogramm: „Die Altersrente soll mindestens drei Viertel des erreichten Arbeitseinkommens betragen.“ Jetzt aber beträgt sie nach einem erfüllten Arbeitsleben im Durchschnitt nur 40 bis 44 Prozent. Von dieser unzureichenden Rente aber werden auf Beschluß der Großen Koalition ab Januar 1968 noch 2 Prozent für den Krankenversicherungsbeitrag abgezogen.

Während sich der SPD-Vorstand in den Perspektiven zur Höhe der Renten völlig ausschweigt, nimmt er konkret zur Altersgrenze Stellung. Er wendet sich gegen die „starre Altersgrenze“ und spricht sich für eine „Wahlfreiheit in der Frage der Altersgrenze“ aus. Tatsächlich gibt es schon jetzt keine absolut „starre“ Altersgrenze mehr. Hinter dieser vagen Andeutung in den Perspektiven aber dürfte sich der 1965 im SPD-Volkversicherungsplan entwickelte Gedanke verbergen, die Altersgrenze durch

finanzielle Anreize über das 65. Lebensjahr hinauszuschieben. Das zu einer Zeit, da schon 50jährige, wenn sie ihren Arbeitsplatz verloren haben, von den Unternehmern und Arbeitsämtern zum „alten Eisen“ gerechnet werden. Im Aktionsprogramm des DGB wird zu Recht gefordert: „Die allgemeine Altersgrenze in der Rentenversicherung ist stufenweise auf 60 Jahre herabzusetzen. Wer eine gesundheitsgefährdende Tätigkeit ausübt oder wegen seines Alters keine angemessene Arbeit mehr findet, hat Anspruch auf vorzeitige Rente.“

Es stimmt auch nicht, wie in den Perspektiven behauptet wird, daß durch das Wirken der SPD in der Großen Koalition die dynamische Rente „erhalten“ wurde. Sie wurde durch das Finanzänderungsgesetz 1967 unterhöhlt (s. „Dynamische Rente wird unterwandert“ — NA 1/1968). Der Krankenversicherungsbeitrag für Rentner und die Verdoppelung der Rezeptgebühr sind auch sicher nicht als Maßnahmen zur „vorbeugenden Gesundheitspflege“ zu werten, sondern als Schritte zur zusätzlichen direkten Kostenbeteiligung in der Krankenversicherung, wie sie die CDU in ihrem Aktionsprogramm erneut gefordert hat. Auch die schon im ersten Aktionsprogramm des DGB erhobene Forderung nach Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall sucht der Gewerkschafter in den Perspektiven des SPD-Vorstandes vergebens.

Völlig im Widerspruch zu den Tatsachen aber befindet sich die Feststellung, mit der der Abschnitt „Sozialpolitik“ in den Perspektiven der SPD-Führung eingeleitet wird: „Ohne die SPD wäre die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftsmisere, das Erbe der Regierung Erhard, in erster Linie auf Kosten der Arbeitnehmer und Rentner erfolgt.“ Erstens ist die „Finanz- und Wirtschaftsmisere“ gar nicht bewältigt, auch wenn Wirtschaftsminister Schiller, wie stets, in rosarotem Optimismus macht. Zweitens sind die finanz- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen, besonders im Rahmen der „Mifriti“ voll auf Kosten der Arbeitnehmer, Rentner und der Sozialausgaben gegangen, während die Herren der großen Bank- und Industriekonzerne, wie unter Adenauer und Erhard, märchenhafte Gewinne machen und die Rüstungsausgaben weiter steigen.

Die Forderungen der Gewerkschaften, die hohen Einkommen und großen Vermögen stärker zu besteuern, die Rüstungskosten zu reduzieren und die Masseneinkommen und Sozialausgaben zu erhöhen, wurden und werden auch von der Großen Koalition ignoriert. Ein aufmerksames Studium der Plattform „Sozialdemokratische Perspektiven“ läßt keinen anderen Schluß zu als den, daß die gegenwärtige Führung der SPD diesen im Gegensatz zu den Vorstellungen und Forderungen der Gewerkschaften stehenden Kurs an der Seite der CDU/CSU fortsetzen will.

A. Böpple

Für Bildungspolitik die Note 6

Industrie- und Handelskammerpräsident von Falkenhausen und die Zeitung „Die Welt“ mokierten sich kürzlich über die katastrophalen Prüfungsergebnisse von 5000 neuen Lehrlingen in Essen, Mülheim und Oberhausen. Nur 53 Lehrlinge hatten in Deutsch und Rechnen null Fehler geschrieben. Fast die Hälfte aller neuen Lehrlinge hatte in beiden Fächern mangelhafte Leistungen gezeigt. Bei einem Diktat von 130 Wörtern waren bis zu 100 Fehlern gemacht worden, wobei mehrere Fehler in ein und demselben Wort nur als ein Fehler gezählt wurden. Das hatte den Freiherrn und die Springer-Zeitung zu der Forderung veranlaßt, es müsse wieder mehr „Pauken im alten Stil“ betrieben werden.

Tatsächlich sind die beschämenden Prüfungsergebnisse nicht in erster Linie den jungen Menschen, sondern den für die Schul- und Bildungspolitik verantwortlichen Stellen von Bund und Ländern anzulasten. Darin wird sichtbar, was der Begriff „Bildungsnotstand“ ausdrückt. Wer die mangels Geld für Schulneubauten vollgepfropften Klassen kennt, in denen die Lehrkräfte mit meistens noch sehr unzureichenden Lernmitteln zu individueller Beschäftigung mit den Schülern außerstande sind, wird sich über die Lernergebnisse nicht wundern.

Unternehmer-„Bild-Zeitungen“

In der Bundesrepublik und West-Berlin erscheinen 415 Werkzeitschriften, davon 180 vierteljährlich, 77 monatlich, 98 zweimonatlich, eine erscheint 14-tägig und zwei Blätter wöchentlich. 43 werden halbjährlich und 14 einmal im Jahr ausgeliefert. 141 Werkzeitschriften gibt allein die Metallindustrie heraus. Außerdem gibt es 180 Hauszeitschriften der Versicherungswirtschaft und überbetriebliche Zeitschriften in einer Auflage von 1,5 Millionen, die von einer Reihe von Unternehmen abonniert und in den Betrieben verteilt werden.

Die Funktionärzeitschrift der IG Metall, „Der Gewerkschafter“, bemerkt dazu, daß diese Werkzeitschriften überwiegend Organe der Unternehmerpolitik sind. Sporadisch aufgenommene Artikel, die den Interessen der Arbeitnehmer nahekomen, könnten darüber nicht hinwegtäuschen. Der Einfluß der Gewerkschaften ist nur minimal. Und auch die Betriebsräte haben kaum einen Einfluß auf die Schriftleitungen der Werkzeitschriften.

Mit besonderem Fleiß bemühen sich die Arbeitgeberorgane, die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften zu diffamieren, und es wird immer notwendiger, daß die Betriebsräte und Vertrauensleute in den Betrieben darauf dringen, daß verfälschende und diskriminierende Darstellungen des Mitbestimmungsproblems in den Werkzeitschriften unterbleiben.

Schlauberger

Die Publikationsfabrik der Unternehmer, das „Deutsche Industrieinstitut“ in Köln, hat eine Entdeckung gemacht: Obwohl über die Hälfte unserer Bevölkerung, so schreibt das Industrieinstitut, aus Arbeiterfamilien bestehe, kämen bedauerlicherweise nur 5,3 Prozent unserer Studenten aus solchen Familien. Aber in den USA wären es 30 Prozent, in England 25 und in Schweden 20 Prozent. Mit Geldmangel lasse sich das nicht mehr erklären, sondern es sei ganz einfach „Bildungsscheu“ und die große Unkenntnis über Bildungsrichtungen und Förderungsmaßnahmen.

Gewiß, unsere Schulen sind schulgeldfrei geworden, aber die Kosten für Lernmittel werden nicht geringer, sondern laufend teurer. Dazu kommt, daß die Kinder aus Arbeiterfamilien, auch bei noch so hoher Intelligenz, ohne die Hilfe ihrer Eltern oder Angehörigen auskommen müssen, die — wegen der erwähnten Bildungsscheu zweifellos — nur mit einer Volksschulbildung ausgestattet sind. Zusätzliche Aufwendungen für den probaten Nebenverdienst unserer Studienräte für Nachhilfestunden, die 10 bis 20 DM kosten, sind aus den Einkommen der Arbeiter nicht aufzubringen.

Auch von den Förderungsmaßnahmen kann nur jemand schwärmen, der den Hürdenlauf um Förderungshilfen nach dem sogenannten Honnefer Modell oder um Stipendien der Hochbegabtenförderung aus der Sicht des Zuschauers kennt. Es gehört schon eine praktische Übung in Betriebswirtschaft und sparsamer Haushaltsführung dazu, wenn sich ein Student mit den Mitteln dieser Förderungsmaßnahmen über die Runden bringen will. Unter diesen Voraussetzungen ist es eher ein Wunder, wenn sich dennoch rund 5 Prozent der Studierenden an deutschen Hochschulen aus Arbeiterfamilien finden.

Wer Behauptungen aufstellt wie das Industrieinstitut und in leichtfertiger Weise von „Bildungsscheu“ in den Arbeiterfamilien spricht, gerät in den Verdacht, den Vorwurf abwehren zu wollen, er und seine Auftraggeber seien mitschuldig an dem Bildungsnotstand unseres Landes. Vielleicht aber sollen diese Unterstellungen dazu dienen, die Forderung der Gewerkschaften nach Bildungsurlaub für Arbeitnehmer abzuwehren, die doch eher auf Bildungshunger als auf Bildungsscheu der Arbeitnehmer schließen läßt. Die deutsche Arbeiterbewegung ist von allem Anfang an eine Bewegung der Arbeiterbildung gewesen. Aber das braucht man als Unternehmerpropagandist in der Bundesrepublik nicht zu wissen.

Nur noch „Festspiele“ unter anderen?

**Die Ruhr-Festspiele brauchen fortschrittliche Ideen
Bürgerlichen „Kulturbetrieb“ gibt es zur Genüge**

Nach einem Bericht des für die letzten Ruhr-Festspiele eingesetzten Sonderausschusses soll durch Fehldispositionen ein Defizit von fast einer Million DM entstanden sein. Allein die Inszenierungen von Grabbes „Napoleon oder die hundert Tage“ und Brechts „Schwejk im zweiten Weltkrieg“ haben über 700 000 Mark verschlungen. Leider geht aus den kargen Pressemitteilungen nicht hervor, ob dies die einzigen Gründe für den Fehlbetrag gewesen sind. Zweifellos aber wird diese finanzielle Frage bei den Gewerkschaften Anlaß zu kritischen Betrachtungen geben. Aber nicht nur die Kosten der Ruhr-Festspiele, sondern auch der kulturelle Gehalt sollten die Gewerkschaften veranlassen, sich mit den Ruhr-Festspielen als bedeutende kulturelle Veranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes ernsthaft zu beschäftigen.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ zum Beispiel schrieb nach den Ruhr-Festspielen 1967, es sei erforderlich, in den Gewerkschaften die Ergebnisse der letzten Festspiele zu diskutieren und selbstkritisch zu fragen, ob sich die Gewerkschaftsmitglieder von dem Kulturprogramm der Ruhr-Festspiele in ihrer heutigen Gestalt angesprochen fühlen. Die Zeitung regt an, Vorschläge zu machen, wie die Ruhr-Festspiele in der Zukunft dem sozial-kulturellen Willen der Gewerkschaften besser gerecht werden können. Es gibt darüber hinaus in der Gewerkschaftsbewegung ernsthafte Besorgnis über die Entwicklung der Ruhr-Festspiele, und das ist keineswegs verwunderlich, nahmen sie doch, besonders in den vergangenen zwölf Jahren, einen äußerst widersprüchlichen Verlauf.

Nun ist nicht zu übersehen, daß es ernsthafte Bemühungen gibt, die Arbeiter und Angestellten mit dem Theater und der bildenden Kunst vertraut zu machen. Besonders in den Kulturtagen der Gewerkschaftsjugend, „junges forum“, die seit 1961 regelmäßig im Rahmen der Ruhr-Festspiele stattfinden, wird das ernsthafte Streben der Hauptabteilung Jugend beim DGB-Bundesvorstand sichtbar, die vielfältigen kulturellen Möglichkeiten zu demonstrieren, sich mit dem gesellschaftlichen Leben in der Bundesrepublik auseinanderzusetzen. „junges forum“ ist gegenwärtig der fortschrittlichste Veranstaltungskomplex der Ruhr-Festspiele neben der seit 1965 in Recklinghausen durchgeführten „Woche der Wissenschaft“.

Dagegen aber verstärken sich die Anstrengungen von staatlichen Institutionen wie auch von Vertretern der Großindustrie, die Recklinghauser Kulturtage in den offiziellen Kulturbetrieb einzubeziehen und jede Äußerung gewerkschaftlichen Willens in den Hintergrund zu drängen. Die Tatsache, daß der DGB-Bundesvorstand und die Leitung der Ruhr-Festspiele, anstatt diesen Bestrebungen entgegenzutreten, vor dem Druck zurückweichen und eine „neutrale“ Position beziehen, ist nicht zu übersehen. Deutlich wird dies an einem Interview, das der neue Leiter der Ruhr-Festspiele und

Kulturreferent des DGB-Bundesvorstandes, Dr. Karl-Heinz Hagin, im vergangenen Jahr dem „Rheinischen Merkur“ gab. Dr. Hagin sagte wörtlich: „Ich sehe in den Ruhr-Festspielen und ihrem Bildungsauftrag außerdem ein geeignetes Instrument, um einer Radikalisierung der Arbeitnehmer vorzubeugen.“ Aufgabe der Ruhr-Festspiele sei es nicht, so sagte Hagin weiter, ein proletarisches Klassenbewußtsein heranzuzüchten, und er hob ausdrücklich hervor, daß er einen klassenkämpferischen Spielplan, auch wenn es dafür Stücke gebe, auf jeden Fall verneine.

Aber was soll das Gerede über eine „Radikalisierung“ der Arbeiterschaft? Wenn darunter die Aufgabe der Arbeitnehmer verstanden wird, die Forderungen des DGB-Grundsatz- und Aktionsprogramms durchzusetzen, den sozialen Besitzstand zu wahren, die Arbeitsplätze zu sichern, einen höheren Lebensstandard zu erkämpfen und demokratische Reformen, wie die wirtschaftliche Mitbestimmung, zu verwirklichen, dann ist es doch ein Auftrag der Ruhr-Festspiele, dies mit den Mitteln einer progressiven Kulturpolitik zu unterstützen. Die Äußerungen des Leiters der Ruhr-Festspiele beweisen, daß sie von den Verantwortlichen nicht als ein Instrument angesehen werden, die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten und ihren Forderungen auf kulturellem Gebiet Ausdruck zu verleihen, sondern hier widerspiegelt sich die Absicht, die Positionen der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften in kulturellen Fragen aufzugeben.

Man muß also feststellen, daß der DGB-Bundesvorstand den objektiven Erfordernissen auf kulturellem Gebiet nur ungenügend Rechnung trägt, obwohl der stellvertretende DGB-Vorsitzende, Bernhard Tacke, vor einiger Zeit in der „Welt der Arbeit“ erklärt hat, daß kulturelle Probleme nur progressiv, niemals aber restaurativ oder reaktionär gelöst werden können. Aber die neuen Möglichkeiten, die sich aus den in hartnäckigen Auseinandersetzungen erlangenen materiell-sozialen Erfolgen und der sich entwickelnden wissenschaftlich-technischen Revolution für den kulturell-geistigen

Raum ergeben, fanden in der Kulturarbeit und besonders bei den Ruhr-Festspielen keine ausreichende Berücksichtigung.

An einigen Erscheinungen und Praktiken der letzten Ruhr-Festspiele und Kulturtage von Recklinghausen wird dies deutlich. So hatten die Organisatoren der Kulturtage „junges forum“ Brechts „Badener Lehrstück vom Einverständnis“ als Auftragsinszenierung vergeben. Dieses Stück ruft dazu auf, die Ausbeutung zu beseitigen und die Welt zu verändern. Zehn Tage vor der geplanten Premiere wurde das Stück vom Veranstaltungsprogramm mit der Begründung abgesetzt, es läge nur ein geringes Publikumsinteresse vor und das Lehrstück wirke zu pädagogisch. Die Vertreter des „junges forum“ wollten mit dieser Inszenierung zugleich in die Betriebe des Ruhrgebietes gehen, aber kein Speiseraal, keine Lehrwerkstatt, kein betriebseigener Theatersaal wurde dem „junges forum“ für diese Zwecke zur Verfügung gestellt. Und noch eine weitere kritische Aufführung des „junges forums“ wurde verhindert. In ihr sollten unter dem Thema „Lieder gegen den Tritt“ Songs aus fünf Jahrhunderten den jungen Gewerkschaftern geboten werden.

Bemerkenswert ist auch eine Episode um das Gastspiel der Westberliner Volksbühne mit Karl Sternheims Satire auf den preußischen Untertanengeist, „Bürger Schippel“. Der Regisseur Hansjörg Utzerath gestaltete für das Bühnenbild eine Kunststoffrückwand mit hundert rasterförmig gestaffelten Porträts Heinrich Lübkes. Dieses Bühnenbild wurde verboten. Offensichtlich unter dem Druck der staatlichen Stellen fügte sich der Aufsichtsrat der Ruhr-Festspiele dem Verbot. Dazu bemerkte die „Holzarbeiter-Zeitung“: „So ist das Bühnenbild, das man nicht zeigen durfte, nun das allgemein-bekannte Symbol dafür, daß die Ruhr-Festspiele heute hauptsächlich daran kranken, die unverschiebte künstlerische Auseinandersetzung über unsere Gesellschaft zuzulassen. Das aber ist in Zukunft von ihnen zu fordern.“ Dem wäre lediglich noch hinzuzufügen, daß die Ruhr-Festspiele mitunter selbst hinter bürgerlichen Kräften im kulturellen Bereich zurückbleiben. Die Sternheim-Inszenierung wurde in der Westberliner Volksbühne mit der in Recklinghausen verbotenen Lübke-Rückwand gespielt.

Mit dieser widersprüchlichen Politik wird die Chance verpaßt, in den Ruhr-Festspielen in Recklinghausen ein kulturelles Zentrum der Lohn- und Gehaltsempfänger zu schaffen. Hier könnte der DGB zeigen, wie er sich eine fortschrittliche Neuordnung des Kultur- und Bildungswesens vorstellt. Mit Nachdruck muß darum darauf hingewiesen werden, wie notwendig es ist, das ideologisch-kulturpolitische und künstlerisch-ästhetische Anliegen der Ruhr-Festspiele so zu fassen, daß es den gewerkschaftlichen Forderungen

Löhne wachsen nicht in den Himmel

Die Anzahl derjenigen Arbeitnehmer, die monatlich über 1000 DM verdienen, ist gering. Das Einkommen der 22,4

Millionen Bundesbürger, die der Lohnsteuerpflicht unterliegen, gliederte sich 1967 wie folgt:

Anteil	monatl. Verdienst	Männer	Frauen
19,8 Prozent	unter 300 DM	1,7 Mill.	2,7 Mill.
13,7 Prozent	zwischen 300 u. 500 DM	0,9 Mill.	2,1 Mill.
18,0 Prozent	zwischen 500 u. 700 DM	2,2 Mill.	1,9 Mill.
20,6 Prozent	zwischen 700 u. 900 DM	3,7 Mill.	0,9 Mill.
21,2 Prozent	zwischen 900 u. 1333 DM	4,3 Mill.	0,5 Mill.
6,7 Prozent	über 1333 DM	1,4 Mill.	0,1 Mill.

Gemeinsames Seminar mit CSSR-Gewerkschaftern

In der Zeit vom 17. bis 25. Februar 1968 hat im Jugendheim der IG Metall in Schliersee ein gemeinsames Gewerkschaftsseminar der IG Metall mit Vertretern der tschechoslowakischen Metallarbeitergewerkschaft stattgefunden. Es wurden folgende Themen behandelt: Aufgaben und Struktur der IG Metall; tarifvertragliche und gesetzliche Regelung für Rationalisierungsschutz; Arbeit der Betriebsräte und Mitbestimmung; Berufsausbildung. Zu den Teilnehmern gehörte der 2. Vorsitzende der tschechoslowakischen Metallgewerkschaft, Alois Kopacek.

1967 wieder mehr Streiks

Die Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik drückte sich im vergangenen Jahr auch in einem steilen Anstieg der durch Streik ausgefallenen Arbeitstage aus. Fast 400 000

und besonders seinen kulturpolitischen Grundsätzen gerecht wird. Dazu ist erforderlich, daß unter Verzicht auf finanzielle Unterstützung durch die Großindustrie die volle gewerkschaftliche Handlungsfreiheit hergestellt wird und der Einfluß aller antigewerkschaftlichen Kräfte ausgeschaltet bleibt. War der Kampf der Arbeiterschaft um materielle und soziale Verbesserungen schon immer verbunden mit dem Kampf um geistige Befreiung, so hat gerade heute die geistig-kulturelle Auseinandersetzung eine besondere Bedeutung. Hier ist der Platz, den die Ruhr-Festspiele im Interesse der arbeitenden Menschen einzunehmen haben. Nur so werden die Ruhr-Festspiele zu dem werden, was die „Welt der Arbeit“ schon 1954 von ihnen forderte: zu einem Begriff im internationalen Kulturleben von höchster Leistung und Güte und zu einer wirklichen „Bezeugung des Kulturwillens der Arbeiterschaft“. H. B.

Tage weist die Streikstatistik aus gegenüber wenig mehr als je 30 000 Arbeitstage im Durchschnitt der Jahre 1964 bis 1966. Für den Anstieg im vergangenen Jahr sorgten vor allem die Arbeitgeber im Fliesenlegergewerbe Nordrhein-Westfalens und in der hessischen Gummi- und Asbestverarbeitung mit ihrer anfangs unnachgiebigen Haltung zu berechtigten Gewerkschaftsforderungen.

Kommt ein Betriebsärztegesetz?

Die SPD-Bundestagsfraktion hat jetzt im Bundestag einen Antrag eingebracht, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, den Entwurf eines Betriebsärztegesetzes umgehend vorzulegen. Seit langem fordern die Gewerkschaften, so u. a. im Aktionsprogramm, eine gesetzliche Regelung für die gesundheitliche Betreuung der Werktätigen am Arbeitsplatz. Im einzelnen fordert der Entwurf, daß Betriebe mit mehr als 2500 Beschäftigten und Betriebe mit gesundheitsgefährdenden Tätigkeiten verpflichtet werden, sofort einen hauptberuflichen Betriebsarzt einzustellen. In den Betrieben mit 500 bis 2500 Beschäftigten soll die Einstellung von Betriebsärzten stufenweise erfolgen. Kleine Betriebe haben die Möglichkeit, sich zu betriebsärztlichen Arbeitsgemeinschaften zusammenzuschließen.

Die Verwirklichung dieser Gewerkschaftsforderung durch ein Bundesgesetz ist um so dringlicher, als die vor zwanzig Monaten für die Beschäftigung von Betriebsärzten erlassenen Richtlinien des Bundesarbeitsministeriums keinen Erfolg hatten. Die ohnehin schon viel zu geringe Zahl der Betriebsärzte ist seitdem noch um 38 zurückgegangen. Ein Betriebsärztegesetz muß neben der Festlegung von Größenordnungen für Betriebe, die zur Einstellung von Ärzten verpflichtet sind, vor allem regeln: Aufgaben und Rechtsstellung der Ärzte, besonders ihre Unabhängigkeit vom Unternehmer und die Sicherstellung der ärztlichen Schweigepflicht, sowie die Mitsprache der Betriebsräte bei Einstellung und Entlassung von Betriebsärzten. -pp-

PERSONALIEN

Waller Arendt, Vorsitzender der IG Bergbau und Energie sowie SPD-Bundestagsabgeordneter, und **Willi Michels**, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall und SPD-Bundestagsabgeordneter, sind in den erweiterten Vorstand des Bezirks Westliches Westfalen der SPD gewählt worden.

Arne Geijer, Präsident des schwedischen Gewerkschaftsbundes und früherer langjähriger Präsident des IBFG, besuchte Mitte Februar den Bundesvorstand des DGB in Düsseldorf. Mit ihm waren auch der Präsident des norwegischen Gewerkschaftsbundes, **P. Mentsen**, und der Vizepräsident des dänischen Gewerkschaftsbundes, **Kai Petersen**, Gäste des DGB.

Hans Katzer, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, besuchte am 19. Februar 1968 den Vorstand der IG Metall in Frankfurt. In einer mehrstündigen Aussprache mit den Vorstandsmitgliedern wurden neben allgemeinen politischen Fragen insbesondere Probleme der Sozialpolitik sowie sozial- und arbeitsmarktpolitische Gesetzgebungsabsichten erörtert. Breiten Raum nahm auch eine Aussprache über die Gestaltung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer ein. Über die von Katzer vertretenen Ansichten teilte die IG Metall nichts mit. Am 24. Februar besuchte Katzer, der aufgrund zunehmender Anfeindungen in der CDU/CSU offenbar Unterstützung bei den Gewerkschaften sucht, den Hauptvorstand der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft.

Eugen Loderer, Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg, ist auf dem außerordentlichen Landesparteitag der SPD in Ravensburg zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der SPD gewählt worden. Loderer wurde damit Nachfolger von Dr. Alex Möller.

Peeler Raane, Tarifsekretär der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, ist mit der kürzlichen Übernahme dieser Funktion der jüngste Tarifsekretär einer DGB-Gewerkschaft. Raane, der 26 Jahre alt ist, arbeitet erst seit Herbst 1967 bei dieser Gewerkschaft. Vorher war er beim Wirtschaftswissenschaftlichen Institut des DGB tätig.

Gerhard Vater, Vorsitzender der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, werde häufig in den Spekulationen um einen Nachfolger Ludwig Rosenbergs als DGB-Vorsitzender genannt. Dies meldete die Deutsche Presseagentur in den „Sozialpolitischen Nachrichten“ Nr. 6/1968 Mitte Februar. Ludwig Rosenberg wird vermutlich auf dem nächsten DGB-Kongreß im Frühjahr 1969 in München wegen Erreichens der Altersgrenze seinen Posten zur Verfügung stellen.

Vom Wesen des Kapitals

Wie Geld und Produktionsmittel zu Kapital werden Warum Menschen ihre Arbeitskraft verkaufen müssen

Ist Geld Kapital? Sind Produktionsmittel Kapital? Ist der Kapitalismus in unserem Lande überwunden? — Wir haben gesehen, wie in der einfachen Warenproduktion für den Austausch produziert wurde mit dem Ziel, für die eigene Ware einen anderen Gebrauchswert zu erhalten. Die Zirkulationsformel der einfachen Warenproduktion lautet dementsprechend Ware-Geld-Ware (W-G-W) — verkaufen um zu kaufen.

In diesem Kreislauf, der auf den Gebrauchswert der Ware gerichtet ist, spielt das Geld nur eine vermittelnde Rolle, der Endzweck ist die Konsumtion, die Befriedigung der Bedürfnisse der privaten Warenproduzenten. Der Verkäufer erhält Geld vom Käufer seiner Ware und kauft dafür eine andere Ware. Geld ist hier durchaus nicht Kapital. Und doch bildet die Warenzirkulation den Ausgangspunkt des Kapitals. „Warenproduktion und entwickelte Warenzirkulation, Handel, bilden die historischen Voraussetzungen, unter denen es entsteht. Welt-handel und Weltmarkt eröffnen im 16. Jahrhundert die moderne Lebensgeschichte des Kapitals.“ (K. Marx, Das Kapital, Bd. I, Berlin 1957, S. 153.)

Kapital unterscheidet sich vom Geld zunächst durch eine andere Zirkulationsform: für Geld werden Waren gekauft mit dem Ziel, sie teuer zu verkaufen, Geld-Ware-mehr Geld (G-W-G'). Eine bestimmte Wertsumme wird in Geldform in die Zirkulation geworfen, um am Ende des Prozesses einen größeren Wert (G') zu erhalten, als am Anfang vorhanden ist. Die Differenz zwischen dem ursprünglichen und dem zurückerhaltenen Wert nennt Marx Mehrwert. Das Ziel dieses Prozesses ist nicht die Konsumtion, nicht der Gebrauchswert der Waren, sondern der Wert selbst, seine Verwertung oder die Aneignung des Mehrwerts. Diese Bewegung verwandelt den Wert in Kapital und läßt den Geldbesitzer als bewußten Träger dieser Bewegung zum Kapitalisten werden.

Von der Wirkungsweise des Wertgesetzes her wissen wir jedoch, daß die Entstehung von Mehrwert nicht aus einer bloßen Preiserhöhung über den Wert zu erklären ist. Jede Überverteilung durch Preisaufschlag führt nur zu einer Umverteilung des Wertes zwischen den Warenproduzenten, ohne daß dadurch in der Gesellschaft neuer Wert entsteht. In der Zirkulations-sphäre, durch bloßen Kauf und Verkauf, entsteht kein Wert, vielmehr vollzieht sich hier nur der Austausch schon vorhandener produzierter Werte. Um Mehrwert zu erzielen, muß unser Geldbesitzer auf dem Markt eine Ware finden, deren Gebrauchswert die Eigenschaft besitzt, Quelle von Wert zu sein, eine Ware, deren Gebrauch selbst in der Vergegenständlichung von Arbeit besteht. Eine solche spe-

zifische Ware ist das Arbeitsvermögen oder die Arbeitskraft. Ihr Gebrauch besteht in der Arbeit, die Arbeit aber schafft den Wert. Da die einfachen Warenproduzenten jeder für sich mit eigenen Produktionsmitteln produzieren, verkaufen sie ihre Waren und nicht ihre Arbeitskraft.

Damit die Kapitalisten die Arbeitskraft als Ware auf dem Markt vorfinden, ist ein völlig neues Produktionsverhältnis notwendig, das die Bedingungen der Mehrwertproduktion einschließt. Dieses neue Produktionsverhältnis ist das Kapital. Es entsteht auf der Grundlage der feudalen Ge-

Dritte Folge:

Marxismus leicht gemacht

Von Dr. Heiner Wilms

(Siehe auch NACHRICHTEN Nr. 1 und 2/1968)

sellschaftsordnung und der einfachen Warenproduktion durch die sogenannte ursprüngliche Akkumulation des Kapitals. Dieser geschichtliche Prozeß, der das Kapitalverhältnis schafft, besteht vor allem in der gewaltsamen Trennung der Bauern von ihrem Grund und Boden und in ihrer Verwandlung in Lohnarbeiter sowie in der Konzentration des Eigentums an Produktionsmitteln in den Händen einer zahlenmäßig kleinen Klasse von Kapitalisten.

Dieser Enteignungsprozeß (Expropriation) der Volksmassen verwandelt das zersplitterte, zwerghafte Eigentum vieler kleiner Warenproduzenten in das massenhafte Eigentum weniger Kapitalisten, die private Produktion in eine gesellschaftliche Produktion und die Masse der Produzenten in eigentumslose, doppelt freie Lohnarbeiter. Sie sind einmal juristisch frei und können — im Unterschied zum Sklaven oder Leibeigenen — über sich und ihre Arbeitskraft frei verfügen. Sie sind aber auch frei von Produktionsmitteln und können deshalb ihre Existenzmittel

nicht mehr mit eigenen, sondern nur mit den Produktionsmitteln der Kapitalisten erwerben. Sie sind somit ökonomisch gezwungen, ihre Arbeitskraft als Ware an die Kapitalisten zu verkaufen und sich der Ausbeutung durch sie zu unterwerfen. Die Schaffung der Existenzmittel des unmittelbaren Produzenten, des Arbeiters, wird der Verwertung des Wertes, der Herrschaft des Kapitals untergeordnet. Damit sind die Grundbedingungen der kapitalistischen Produktion gegeben.

Die kapitalistische Ausbeutung besteht darin, daß die Arbeitskraft in der Lage ist, einen höheren Wert zu produzieren, als sie selbst an Wert besitzt und als sie bestenfalls vom Kapitalisten (in Form des Lohnes) bezahlt erhält. Den von der Arbeitskraft über ihren eigenen Wert (die Reproduktionskosten der Arbeitskraft) hinaus erzeugten Wert eignet sich der Kapitalist als Mehrwert an. Im Unterschied zur einfachen Warenproduktion, in der das private Eigentum auf eigener Arbeit beruht, bedeutet das private Eigentum des Kapitalisten Aneignung fremder, vergesellschafteter Arbeit.

Kauf und Verkauf der Arbeitskraft als historisch entstandene Form der Verbindung zwischen den Produzenten und den Produktionsmitteln und die Aneignung des Mehrwerts durch die Kapitalisten machen das Wesen des Kapitals aus. Kapital ist „kein Ding, sondern ein bestimmtes gesellschaftliches, einer bestimmten historischen Gesellschaftsformation angehöriges Produktionsverhältnis, das sich an einem Ding darstellt und diesem Ding einen spezifisch gesellschaftlichen Charakter gibt“ (K. Marx, Das Kapital, Bd. III, Berlin 1957, S. 867). Demnach sind also Geld oder Produktionsmittel nicht an sich Kapital, sondern werden nur zu Kapital unter den genannten gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen.

Die wissenschaftliche Exaktheit der Marx'schen Analyse und Bestimmung des Kapitals als ein bestimmtes, historisch entstandenes gesellschaftliches Produktionsverhältnis gestattet es auch, die eingangs gestellte dritte Frage sachlich und exakt zu beantworten: Solange in der Bundesrepublik annähernd 80 Prozent der Bevölkerung ihren Unterhalt durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft bestreiten müssen, solange die entscheidenden Produktionsmittel der Gesellschaft privater Verfügung unterliegen, solange die Besitz- und Machtverhältnisse durch die Herrschaft des Großkapitals geprägt werden, kann von einer Überwindung des Kapitalismus keine Rede sein. Erst mit der Ablösung der Herrschaft des Großkapitals durch die Entscheidung des arbeitenden Volkes über seine eigenen Produktions- und Lebensbedingungen wird der Kapitalcharakter der Produktion überwunden und die produktive Tätigkeit der Menschen der Unterordnung unter die Verwertung des Wertes entzogen.

Gewerkschaft zwischen Mühlsteinen?

Widerspruch zwischen SPD-Politik und Arbeitnehmern

Tagelang blockierten Tausende demonstrierender Schüler und Studenten — wie auch in anderen Städten — den Verkehr in der Freiburger Innenstadt. Das hatte der Freiburger Stadtrat sicher nicht erwartet, als er die Fahrpreise der städtischen Verkehrsmittel kräftig erhöhte.

Die Demonstranten hatten überzeugende Argumente auf ihrer Seite: Mehrwertsteuer und Streichung von Landeszuschüssen als vom Stadtrat genannte Ursachen für die Fahrpreiserhöhung sind die Folgen der Finanzmisere des Bundes, hervorgerufen durch die übersteigerte Rüstungspolitik. Immer wieder wurde darauf hingewiesen, daß der sinnlose Bau des atom-sicheren Schloßbergbunkers, in dem von 150 000 Einwohnern 6000 „Schutz“ finden könnten, 12 Millionen DM gekostet und die Stadt zur Unterhaltung jährlich 100 000 DM nach § 18 Absatz 3 des Schutzbaugesetzes aufzubringen hat.

Von Beginn an war den Schülern und Studenten klar, daß ihre Demonstrationen nur Erfolg haben können, wenn es gelingt, die Unterstützung der Bevölkerung und der Arbeiterschaft zu gewinnen. In diesem Sinne wurde in zahlreichen Flugblättern der verschiedenen Studentenorganisationen und des ASTA an die Bevölkerung appelliert. Das hatte den Erfolg, daß sich im Laufe der Aktionen die Sympathien der Bevölkerung für die Demonstranten verstärkten.

Während der ersten Tage war das Verhältnis der Polizei zu den jungen Menschen ausgezeichnet. Mädchen brachten den Polizisten Blumen und Bonbons. Doch die Freiburger Stadtverwaltung wollte das Ende der Demonstrationen erzwingen. Der Freiburger Polizeichef weigerte sich, hart gegen die Demonstranten vorzugehen, weil er das traditionell gute Verhältnis zwischen Polizei und Studentenschaft nicht belasten wollte. Er wurde daraufhin kurzerhand von der weiteren Leitung des Polizeieinsatzes entbunden und durch den Konstanzer Polizeichef ersetzt. Aus ganz Südbaden wurden „verblühte“ Polizeieinheiten zusammengezogen, die mit Wasserwerfern und Gummiknüppeln gegen Schüler und Studenten voringen.

Diese Vorfälle führten zu empörten Diskussionen in der Öffentlichkeit, in Betrieben und Gewerkschaften. Obwohl von einigen Stadträten versucht wurde, Entschuldigungen der Gewerkschaften gegen die Demonstranten durchzusetzen, geschah das Gegenteil. Der Freiburger Kreisausschuß des DGB solidarisierte sich mit den Studenten und Schülern und forderte den Stadtrat auf, nachzugeben. Ein tiefer Riß ging durch die örtliche Sozialdemokratie. Während einige führende Sozialdemokraten unnachgiebig die Fahrpreiserhöhungen verteidigten, verlangte ein großer Teil der SPD-Mitglie-

der und -Wähler die Wiederherstellung der alten Tarife. Der Ortsverband der SPD kritisierte die Fahrpreiserhöhungen, die mit den Stimmen der SPD-Fraktion beschlossen worden waren.

Schließlich mußte der Stadtrat die Fahrpreiserhöhung überprüfen und wesentliche, wenn auch nicht voll befriedigende Zugeständnisse an die Demonstranten machen. Die sozialdemokratischen Gewerkschafter machten die Erfahrung, daß auf Bonn ausgerichtete SPD-Politik gute Gewerkschafter erheblich diskreditieren kann.

H. W., Allensbach

Man kann nur einem Herrn dienen . . .

Bremen hat in der Bundesrepublik Schlagzeilen gemacht: Durch den erfolgreichen Protest der Jugend und Arbeiterschaft gegen die Erhöhung der Straßenbahn-Tarife und durch den Rücktritt des DGB-Vorsitzenden Richard Boljahn vom Vorsitz der SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft. 17 Jahre hatte Boljahn dieses Amt bekleidet.

Seit in Bonn Minister und Abgeordnete der SPD mit der CDU/CSU die Große Koalition bildeten, ist der Bremer DGB-Vorsitzende, wie viele sozialdemokratische Gewerkschafter, in einen sich verschärfenden Konflikt mit der offiziellen Politik seiner Partei geraten. Offen erklärte er im vorigen Jahr, die von SPD-Wirtschaftsminister Schiller konzipierte „konzertierte Aktion“ und die Teilnahme des DGB an dieser Aktion könnten den „Todesstoß“ für die Gewerkschaften bedeuten. Als aber in Bremen Schüler, Studenten und Arbeiterjugend (Berufsschüler) — schon bald unterstützt von Arbeitern der Großbetriebe — aus Protest gegen die Tarifierhöhungen den Betrieb der Straßenbahn blockierten, spielte der Bremer DGB-Vorstand in der ersten Phase der Massenkaktionen eine passive und negative Rolle. Als Mitglied des Straßenbahn-Aufsichtsrates und SPD-Fraktionsvorsitzender hatte Richard Boljahn den Tarifierhöhungen zugestimmt. Er stellte sich gegen die Protest-Aktionen. Weder der DGB-Vorsitzende noch ein anderer der Bremer SPD-Kommunalpolitiker prangerte die wahren Ursachen für die Erhöhung der kommunalen Tarife und Gebühren an: die der Rüstung und dem Unternehmerprofil dienende Politik der Großen Koalition in Bonn. Die Haltung

Boljahns löste bei der Jugend, in Betrieben und Gewerkschaftsorganisationen Bremens Widerspruch und Empörung aus. Der DGB-Kreisvorstand korrigierte dann seine Haltung: Er forderte für die Arbeitnehmer eine verbilligte Arbeiterwochenkarte, eine Forderung, die auch verwirklicht wurde. Der DGB-Kreisvorstand unter Leitung Richard Boljahns nahm nun auch gegen die beabsichtigte Erhöhung der Kanabennutzungs- und Müllabfuhrgebühren Stellung. Als SPD-Fraktionsvorsitzender hatte Boljahn jedoch zuvor bei den Koalitionsvereinbarungen mit der FDP der Erhöhung dieser Gebühren zugestimmt. Die Gebührenerhöhungen sind inzwischen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden. Daß Boljahn angesichts der Proteste wider den Stachel der offiziellen Parteipolitik auf der Ebene des Landes löckte, wurde zum Anlaß genommen, um ihn aus dem Ortsvereins- und Landesvorstand der SPD abzuwählen.

Es bleibt abzuwarten, wie weit der Bremer DGB-Vorsitzende aus seinen jüngsten Erfahrungen Schlußfolgerungen für eine konsequente und aktive Gewerkschaftspolitik zieht. Eines aber ist an seinem „Fall“ erneut deutlich geworden: Auch in der Zeit der Großen Koalition kann man nur einem „Herrn“ dienen, entweder der Großen Koalition oder den Arbeitnehmern. Kritisch gilt es auch die Haltung der Gewerkschaften zur progressiven Jugend-, Studenten- und Schülerbewegung zu prüfen und die gemeinsamen Interessen zu erkennen und danach zu handeln.

A. B., Bremen

Negative Haltung des DGB zu den Studenten

Was ist nur in unsere führenden DGB-Funktionäre gefahren, daß sie kein rechtes Verhältnis zur studentischen Jugend finden können? Was anderes als eine negative Einstellung ist es, wenn in der „Welt der Arbeit“ im Zusammenhang mit den Berliner Studenten-Demonstrationen immer wieder von „Krawallmachern“ und „Randallierern“ gesprochen wird? Es ist doch einfach zu billig, sich an Auswüchsen und am Untypischen bei den Demonstrationen für Frieden in Vietnam, gegen Notstandsgesetze und für eine demokratische Hochschulreform zu orientieren — genauso billig, wie wenn die „Bild-Zeitung“ Zwischenfälle bei Streiks hochspielt.

Es ist darum sehr zu begrüßen, wenn der Landesverband der Gewerkschaftlichen Studentengruppen in Bayern, der DGB-Landesbezirksvorstand Hessen und viele andere gewerkschaftliche Gremien und Organisationen sich deutlich von der antistudentischen Hysterie des Westberliner DGB-Vorsitzenden Sickert distanzieren. Die seit Jahren bestehende gute politische Zusammenarbeit zwischen Studenten, Professoren und Gewerkschaftern darf durch solche Intoleranz nicht wieder kaputtgemacht werden.

K. M., Berlin-West

■ **13.—17. Mai**

9. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Leder in Offenbach/Main.

■ **4.—8. Juni**

Kongreß der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft für Lehrer und Erzieher in Nürnberg.

■ **7.—9. Juni**

Neuwahlen für die Selbstverwaltungsorgane von rund 2100 Sozialversicherungsträgern der gesetzlichen Kranken-, Renten- und Unfallversicherung in der Bundesrepublik und in West-Berlin.

■ **23.—27. Juni**

9. ordentlicher Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie in Dortmund. Antragsschluß am 17. März.

■ **30. Juni—6. Juli**

6. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in München.

■ **22.—24. August**

6. Bundesfrauenkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Kiel.

■ **2.—7. September**

9. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall in München.

■ **16.—20. September**

7. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen in Bremen.

■ **16.—21. September**

10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in West-Berlin.

■ **30. September — 4. Oktober**

9. ordentlicher Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Koblenz.

■ **7.—11. Oktober**

8. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Bremen.

■ **13.—17. Oktober**

8. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Land- und Forstwirtschaft in Erbach/Odw.

■ **20.—26. Oktober**

8. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Koblenz.

■ **29.—30. Oktober**

6. Bundesangestelltentag des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Nürnberg.

■ **21.—22. November**

7. Deutscher Beamtentag des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Braunschweig.

■ **22.—23. November**

7. Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Braunschweig.

Weniger Beschäftigte - höhere Leistungen

**Interessantes aus dem Konjunkturbericht des WWI
Sprunghafter Preisanstieg am Jahresbeginn**

Wie das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften (WWI) in seinem Konjunkturbericht vom 19. Februar feststellt, sind infolge der Rezession im vergangenen Jahr rund 30 Milliarden DM, das sind etwa 6 Prozent des Volkseinkommens, verlorengegangen. Aber diese Verluste haben nicht alle Einkommensbezieher gleichzeitig und gleichmäßig getroffen.

Um etwa 4 Milliarden DM sind schätzungsweise die Vorräte abgebaut worden, die sich in flüssiges Geld verwandelten, das wegen des höheren Zinsniveaus vielfach ins Ausland abwanderte. Nach dem WWI-Bericht hat die Landwirtschaft keine Einkommensrückgänge gehabt; dagegen ist die Industrieproduktion um 9 Milliarden DM auf die Höhe des Jahres 1965 abgesunken. Die produktiven Anlageinvestitionen waren um 14 Milliarden DM geringer als 1966.

Der Konjunkturabschwung hat besonders in der Industrie zu einer starken Verminderung der Beschäftigtenzahl geführt. Betrug sie noch im November 1965 rund 8,5 Millionen, ist sie bis November 1967 um 8,5 Prozent, das sind 723 600 Belegschaftsmitglieder, zurückgegangen. Die Verlagerung der Industrieproduktion auf die ergiebigsten Arbeitsplätze, so sagt der Konjunkturbericht, hat in der Gesamtindustrie zu einer Steigerung der sogenannten Produktivität um 11,1 Prozent geführt. Dieser Zuwachs war höher als in dem letzten Jahr der Hochkonjunktur 1964 mit nur 9 Prozent Jahreszunahme.

Der Produktivitätszuwachs geht weit über den Jahresdurchschnitt hinaus, welchen die Bundesregierung in ihrem Wirtschaftsbericht 1967 angesetzt hatte, und bedeutet für die industrielle Erzeugung eine ungewöhnliche Kostenentlastung wegen des verminderten Arbeitsaufwandes. Es gibt aber noch einen anderen Grund für diese ungewöhnliche Produktivitätssteigerung, und das ist die unter dem Druck der Angst um den Arbeitsplatz enorm gesteigerte Anspannung der Arbeitskräfte. Hinzu kommt, daß in den Betrieben darüber hinaus die Beschäftigten einen Teil der Arbeit übernehmen mußten, die vorher von ihren entlassenen Kollegen erledigt wurden.

Doch das Jahr 1967 darf trotz seiner konjunkturellen Besonderheiten nicht isoliert betrachtet werden; vielmehr ist die Produktivitätsverbesserung als ein Prozeß jahrelanger steigender Arbeitsleistungen zu verstehen. Seit 1958 ist nach den nun vorliegenden Statistiken die Produktionsleistung je Beschäftigten und Stunde um 77 Prozent gestiegen. In dem Zeitraum von 1962 bis 1967 betrug das Leistungswachstum allein rund 37 Prozent.

Bedenklich erscheint dem Gewerkschaftsinstitut die Entwicklung des

Preisniveaus der Lebenshaltung. Hier ergab sich von Dezember 1967 auf Januar 1968, innerhalb weniger Wochen, eine sprunghafte Erhöhung. Für eine verköpfige Normalfamilie stiegen die Kosten für die Lebenshaltung um 1,3 Prozent, für eine Rentnerfamilie um 1,5 Prozent und für die Lebenshaltung eines Kindes um 2,1 Prozent. Auf der anderen Seite gab es nach den Ermittlungen der Deutschen Bundesbank im letzten Quartal 1967 für 1,4 Millionen Arbeitnehmer oder 8 Prozent der statistisch erfaßten Beschäftigten Lohn- oder Gehaltserhöhungen. Im Schnitt betrug die Einkommensverbesserung 3,3 Prozent, aber das gesamte Tarif- oder Gehaltsniveau stieg lediglich um 0,2 Prozent. Diese Zahlen sagen aber nichts aus über den realen Anstieg der Lohnkosten. Da die tariflich vereinbarten Lohn- und Gehaltsverbesserungen mit den übertariflich bezahlten Löhnen und Gehältern verrechnet wurden, wuchsen die Effektivverdienste nur geringfügig über den Vorjahresstand.

Verstärkte Massenkaukraft hält das WWI zur Zeit für die wichtigste Voraussetzung dafür, einen Konjunkturaufschwung zu ermöglichen.

Zu guter Letzt:

Vor der SPD-Bundestagsfraktion äußerte kürzlich der ehemalige Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden und jetzige Verkehrsminister, Georg Leber: „Ich habe früher manchmal gedacht, in der IG Bau ginge es rau zu. Seitdem ich mit dem Verkehr zu tun habe, weiß ich, daß meine früheren Kollegen wahre Edelmänner waren.“ Wer früher manchmal gedacht hat, es ginge nur im Verkehrsgewerbe rau zu, weiß nun, daß es zu Lebers Zeiten in der IG Bau ähnlich war.

nachrichten

Die NACHRICHTEN erscheinen einmal im Monat.
Herausgeber: Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 3/9.
Telefon 36 38, Postcheckkonto Stuttgart 96019.
Redaktion: Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Hornadring 31, Tel. 7 38 58 28.
Für den Inhalt der Briefe kann keine Verantwortung übernommen werden. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch.
Druck: Max Kristeller, Hamburg-Altona, Winterstraße 9-11.
Einzelpreis 0,75 DM; Halbjahres-Abonnement 4,50 DM plus 0,90 DM Zustellgebühr.
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.